

Die Geburt einer neuen Ära

Die Weltfinanzkrise: Ursachen und Perspektiven

von Michael Müller
und Wolfgang Thierse
mit einem Vorwort
von Franz Müntefering



Inhalt

Zeit zur Orientierung

Franz Müntefering // Vorwort

Ein neues Jahrhundert der Sozialen Demokratie

Michael Müller // Wolfgang Thierse

_ An einer Weichenstellung	4
_ Wachsende Ungleichgewichte	6
_ Die neue Systemkonkurrenz	8
_ Das Regime der kurzen Frist	11
_ Der dritte Epochenbruch des Kapitalismus	13
_ New Deal und Bretton Woods	15
_ Die Theorie der langen Wellen	17
_ Leitziel Nachhaltigkeit	19
_ Die Neuordnung des Wirtschafts und Finanzordnung	21
_ Ein Rendezvous mit dem Schicksal	24
_ Die Grundwertekommission beim SPD Parteivorstand	25
_ Literaturquellen	25

Vorbemerkung

Mit diesem Papier wollen wir die Debatte über die Finanzmarktkrise „demokratisieren“. Ganz im Sinne von Willy Brandt: „Besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf der Höhe der Zeit zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

In den letzten Jahren konnte sich ein „ökonomisches Einheitsdenken“ durchsetzen, das keinen Widerspruch duldete und dessen Annahmen wenig hinterfragt wurden. Die Alarmsignale über die sich aufbauende Krise wurden kaum zur Kenntnis genommen. In der Debatte gab es viel Ideologie, aber wenig Aufklärung und Vernunft.

Um der der ökonomischen Entwicklung einen sozialen und ökologischen Rahmen zu setzen, müssen die Ursachen der Krise erfasst und die Perspektiven für eine nachhaltige Marktwirtschaft aufgezeigt werden. Das versuchen wir.

Zeit zur Orientierung

Für die Grundwertekommission der SPD haben deren Vorsitzender Wolfgang Thierse und Michael Müller ein Diskussionspapier zur Finanz- und Wirtschaftskrise verfasst. Diskussion ist jetzt nötig. Gerade zu den Werten und Grundsätzen zukünftiger Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie ist Voraussetzung dafür, dass die richtigen Antworten gefunden und durchgesetzt werden können, mit nachhaltiger Wirkung. Es geht um viel. Vor allem darum, ob die Soziale Demokratie die tragende Idee dieses noch jungen Jahrhunderts wird. Bei uns, in Europa, aber auch weltweit. Konkretes Regierungshandeln ist nötig, vertiefende Analyse auch.

Dass etwas Besonderes in der politischen Luft liegt und zwar in der globalen Luft, also bei uns und überall, das merkt jeder. Gewohnheiten fallen aus der Routine, Gewissheiten lösen sich auf. Die Politik muss sich neu sortieren, ohne bewährte Traditionen aufzugeben.

Der globale Kapitalismus hat die historische Implosion des Kommunismus und dessen Planwirtschaft vor zwei Jahrzehnten selbstgerecht zur Kenntnis genommen. Teils übermütig, teils gangsterhaft hat er seine soziale Verantwortung abgesprengt und die Idee der sozialen Marktwirtschaft negiert. Seine Maxime hieß und heißt: Geld. Je mehr, umso besser. Je schneller, umso erfolgreicher, auf wessen Kosten auch immer. Seine Methode: Geld regiert die Welt. Die Konsequenzen dieser Entscheidungen führten zur Weltfinanzkrise, gegen deren Folgen wir jetzt ankämpfen. Klar ist: Moralische Entrüstung ist verständlich, reicht aber nicht. Überzeugende und dauerhaft gesicherte Regelungen sind nicht einfach. Aber sie sind zwingend.

Demokratie, Sozialstaat und soziale Marktwirtschaft sind große Fortschritte in der Menschheitsgeschichte. Aber sie sind immer wieder von Rückschritt bedroht. Auch jetzt. Aber sie haben auch das Potenzial zu überzeugender ökonomischer Prosperität, zu ökologischer Vernunft und zu sozialer Stabilität, nachhaltig. Sie haben die Kraft zu verhindern, dass der Stärkste und der Skrupelloseste sich international mit seinem Egoismus durchsetzt. Eine solche Finanzkrise mit solchen Folgen darf es nicht noch einmal geben. Muss es auch nicht. Marktmanent ist sie nicht. Wenn der Wettbewerb soziale Ziele hat und verbindliche faire Regeln, geht es anders.

Jetzt muss denen geholfen werden, die wegen des Finanzdesasters um Arbeit und soziale Sicherheit bangen, sie zum Teil schon verloren haben. Retten und Feuerlöschen zuvörderst. Aber es muss auch analysiert werden, was da passiert ist, was die Mechanismen dieses Kapitalismus sind, wie er dauerhaft entgiftet werden kann. Diese analysierende Debatte, die Antworten suchen hilft, geht nicht nur die Spezialisten an. Nicht wenige von ihnen sind ohnehin mitverursachende Beteiligte und zweifelhafte Pfadfinder. Politik drängt sich nicht vor, wenn sie die Verantwortung an sich reißt. Es geht nicht anders: Es muss der Primat der Politik national gesichert, in Europa gefestigt und global durchgesetzt werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sagen uneingeschränkt:

Die demokratisch legitimierte Politik muss die Macht haben und sie nutzen, die soziale Marktwirtschaft auch international zur verbindlichen Regel für Wirtschaft und Finanzen zu machen. Ich wünsche dem Beitrag von Wolfgang Thierse und Michael Müller zu dieser Debatte viele interessierte Leserinnen und Leser und anregende Reaktionen.



Franz Müntefering
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ein neues Jahrhundert der Sozialen Demokratie

An einer Weichenstellung

In den letzten Jahrzehnten übernahm die Finanzgier das Kommando. Nach anfänglichen „Erfolgen“ stürzte sie Wirtschaft und Gesellschaft in eine tiefe Krise, national wie international. Nun sind die spekulativen Blasen geplatzt. Wir leben in einer Zeit der Zuspitzung. Statt sich den Zwängen der globalen Märkte unterzuordnen, muss gesellschaftlicher Fortschritt neu gestaltet werden. Den Weg zeigt die Leitidee der Nachhaltigkeit auf. Sie ist die wichtigste Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung.

Das 21. Jahrhundert ist das erste wirklich globale Jahrhundert. In dieser Welt ist nach dem Attentat auf das World Trade Center in New York vom 11. September 2001 der Zusammenbruch des Finanzkapitalismus der zweite tiefe Einschnitt. Er macht in aller Schärfe deutlich, dass eine gemeinsame Politik notwendig ist, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Regeln setzt.

Auf der schnell zusammenwachsenden Welt sind die Menschen auf Gegenseitigkeit angewiesen. Dadurch eröffnen sich große Möglichkeiten für mehr Freiheit, Wohlstand und Partnerschaft. Soziale Gerechtigkeit und ökologische Verträglichkeit miteinander zu verbinden und mehr Demokratie zu entfalten, das sind die Ziele eines neuen Fortschritts. Eine bessere Welt wird möglich, wenn die Politik den Rahmen für eine sozialökologische Marktwirtschaft setzt – national und international. Sie muss vor allem die Finanzmärkte regulieren, deren Akteure sich in den letzten Jahren als eine Art Ersatz für die fehlende Weltregierung aufgespielt und immer größere Spekulationsblasen aufgepumpt haben.

In der heutigen Form ist die Globalisierung nicht zukunftstauglich. Ohne eine Stärkung der Politik bleibt sie auf eine kalte Weise bedrohlich. Denn ohne politische Regeln stellt sie radikal in Frage, was lange Zeit zumindest in einem Teil der Welt gesichert schien: sozialer Fortschritt und wirtschaftliche Stabilität. Das macht den Menschen Angst.

In den letzten beiden Jahrzehnten haben die Kapitalmärkte das Kommando über die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft übernommen. Die flotten Gelddealer, die ihre Büros vor allem in New York und London haben, setzten sich rücksichtslos über alle Grenzen und bewährten Formen des Wirtschaftens hinweg. Nachdem bereits Anfang des Jahrzehnts die New Economy kollabierte und die Börsen auf Talfahrt gingen, kam es im letzten Jahr zum Zusammenbruch des Finanzmarktkapitalismus. Spekulative Exzesse lösten die stärkste Erschütterung der Weltwirtschaft seit der großen Depression von 1929 aus. Sie mündeten in einer tiefen Rezession. Wie in einem Dominospiel weitet sich die

Finanzkrise zu einer Krise des Wirtschaftswachstums aus. Beide zusammen verstärken die Armut insbesondere in den Ländern des Südens. Nicht nur das. Gleichzeitig spüren wir immer deutlicher die schweren ökologischen Hypothesen, die wir nicht länger verdrängen können: Klimawandel, knappe Rohstoffe, Verlust des Artenreichtums.

Diese Krisen und Konflikte geben der Kritik am Kapitalismus neue Aktualität. Die Dringlichkeit eines Kurswechsels steht außer Frage, denn fast täglich schütteln uns neue Anfälle von Pessimismus. Dennoch: Bloße Schwarzmalerei ist fehl am Platz. Sie wäre keine hinreichende Deutung dessen, was sich unter der Oberfläche der alarmierenden Nachrichten abspielt. Wir leiden nämlich nicht nur an den Altersbeschwerden der maroden Finanzordnung, wir erleben zugleich die Geburt einer neuen Ära. Vor uns baut sich das Jahrhundert der Ökologie auf. Es eröffnet gerade unserem Land, das bei den Umwelt und Energietechnologien führend ist und über eine hervorragende wissenschaftliche Infrastruktur verfügt, große Möglichkeiten. Um diese Chancen zu nutzen, sind neues Denken, ehrgeizige Ziele und mutige Konzepte notwendig. **Von daher stehen wir an einer grundlegenden Weichenstellung:**

- Entweder drohen unserer „ungleichen, überbevölkerten und verschmutzten Welt“ (Brundtland-Bericht) soziale Ausgrenzungen und erbitterte Verteilungskämpfe. Das ist der Fall, wenn sich die Politik den Gesetzen der Märkte und den Zwängen einer kurzfristigen Gewinnmaximierung unterordnet.
- Oder es kommt zu einer nachhaltigen Entwicklung. Sie ist die Leitidee für grundlegende Reformen, die weit über mehr Umweltschutz hinausgehen. Nachhaltigkeit verbindet den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen mit wirtschaftlicher Innovationskraft und sozialer Gerechtigkeit. Sie stärkt die Demokratie, erfordert aber auch eine starke Demokratie.

Diese Alternative – Niedergang oder Nachhaltigkeit – beschrieb das Hamburger Grundsatzprogramm der SPD. Die globale Finanzmarktkrise spitzt sie noch schneller zu als erwartet. Das Chaos auf den Kapitalmärkten ist kein Betriebsunfall, sondern das Ergebnis von Strukturen, die in den letzten Jahrzehnten systematisch die Finanzgier entfaltet, ja sie der Wirtschaft und Gesellschaft geradezu aufdrängt haben.

Deregulierung, Entstaatlichung und Privatisierung, Sozialabbau und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte gaben dem Finanzkapitalismus die Macht, wieder die schamlosen Privilegien durchzusetzen, die der Sozialstaat halbwegs gebändigt hatte. Die konservativen Regierungen in London und Washington waren Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre die Wegbereiter des Marktradikalismus. Geblendet von den Erfolgen spielten immer mehr Regierungen im globalen Casino mit. Die Politik kann sich von ihrer Mitverantwortung für die Krise nicht freisprechen. Sie hat freiwillig oder unter dem Druck offener Märkte die Liberalisierung des Kapitalverkehrs gefördert und damit die Schleusen geöffnet. Der Finanzmarkt oder Turbokapitalismus verfolgte aber nur die Interessen der Kapitalmärkte, nicht einmal die der Wirtschaft, geschweige denn der Gesellschaft. Die Gewinner waren wenige, die Zeche müssen nun alle zahlen: mit der stärksten Schrumpfung der Weltwirtschaft seit 1945, dem Zusammenbruch traditionsreicher Unternehmen, massiven Arbeitsplatzverlusten, einem explosiven Anstieg der Verschuldung und einer tief gehenden Verunsicherung und Perspektivlosigkeit, die explosiv zu werden droht, wenn es nicht zu einem erfolgreichen Umbau kommt.

Mit der Krise kehrt die soziale Frage in aller Schärfe zurück, nicht nur für die unteren Einkommensgruppen, die immer unter wirtschaftlichen Einbrüchen besonders zu leiden haben, sondern zunehmend auch für die Mittelschicht, die schmaler wird, aber für den Zusammenhalt der Gesellschaft entscheidend ist. Damit stehen Demokratie und soziale Marktwirtschaft vor ihrer größten Bewährungsprobe. In den letzten Jahren konnten sie die massiven Angriffe des Marktradikalismus auf die sozialen Rechte noch abfedern, obwohl Deutschland in den neunziger Jahren zu den OECD-Ländern gehörte, in denen die Verteilung der Einkommen und Vermögen am stärksten auseinander gingen. Heute können die Konflikte nur entschärft werden, wenn es zu einem am Gemeinwohl orientierten Handeln kommt. Fest steht, dass sich die Krise nicht mehr mit dem bisherigen tagespolitischen Handwerk beseitigen lässt. *Last Exit Nachhaltigkeit* dafür muss die Politik das Gestaltungsfenster nutzen, das sich mit der Krise öffnet. Sie muss schnell die Weichen für eine sozialökologische Marktwirtschaft und eine europäische Politik stellen, die nicht nur das Privateigentum, sondern auch das Finanzkapital der Sozialbindung unterwirft.

Die Herausforderung, ein dauerhaftes Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen und Innovationen voranzutreiben, richtet sich zuerst an die Sozialdemokratie. Ihre historischen Wurzeln sind die soziale Demokratie und der solidarische Internationalismus, auf die es bei der Nachhaltigkeit entscheidend ankommt. Freilich sind neue Konzepte der Umsetzung notwendig, die Innovationen fördern, Arbeit und Umwelt miteinander verbinden, die natürlichen Lebensgrundlagen schützen und mehr soziale Gerechtigkeit verwirklichen.

Wachsende Ungleichgewichte

Die Finanzmarktkrise ist die Folge politischer Weichenstellungen, die in den USA und Großbritannien gemacht wurden, um dem Kapitalmarkt die Steuerung über die Wirtschaft zu übertragen. In der Folge prägte die Finanzindustrie nicht nur die Wirtschaft, sondern erschütterte auch die Gesellschaft. Systematisch wurden Spekulationsblasen aufgepumpt und damit die Ungleichgewichte vergrößert.

Der Turbokapitalismus nahm seinen Anfang bereits in den siebziger Jahren zuerst in Großbritannien und dann in den USA. Beide Länder steckten damals durch Verschuldung und Inflation in einer tiefen Krise. Auf der Suche nach Wachstumsimpulsen beendeten die Regierungen in Washington und London den wohlfahrtsstaatlichen Kurs der Nachkriegszeit und setzten stattdessen auf die so genannte neoliberale Ideologie, die vom Marktradikalismus ausgeht.

Jede Gesellschaft und jede Ökonomie ist auf ein Gleichgewicht angewiesen. Andernfalls geraten sie in tiefe Krisen. Doch statt Ungleichgewichte zu verhindern oder sie abzubauen, wurden sie immer mehr zu Lasten Dritter vergrößert. Die Stärkung der Finanzinstitute kam den Interessen und den Möglichkeiten beider Länder entgegen, ihre Probleme und Schulden auf Dritte abzuwälzen, den Wettbewerb zu forcieren und den Unternehmen Beine zu machen, zumindest anfangs auch mit massiver Hilfe des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Das Finanzzentrum London und vor allem die Wall Street wurden zu den wichtigsten Steuerungszentren der globalen Ökonomie. Die Finanzjongleure wendeten sich immer stärker von ihrer eigentlichen Aufgabe ab, den Finanzkreislauf zu sichern und der Wirtschaft ausreichend Kredite zur Verfügung zu stellen. Das Bankgeschäft wurde zur Finanzindustrie, Geld gleichsam zur Ware, gehandelt wie in einem Warenhaus. Statt zu dienen, übernahm Geld immer mehr die Regie über die Wirtschaft. Mit Hilfe von Ratingagenturen und Fonds wurden behäbige Oligopole aufgemischt, Wirtschaft und Gesellschaft auf eine kurzfristige Gewinnmaximierung getrimmt. Die Kreditvergabe wurde immer gewagter, die Spekulation zur alltäglichen Praxis. In der Folge nahmen auch in den westlichen Industriestaaten die Ungleichgewichte zu, die lange Zeit durch eine sozialstaatliche Rahmensetzung begrenzt blieben. Ohne Interessensausgleich kam es vor allem in Großbritannien zu einer Deindustrialisierung, zu wachsenden Einkommensunterschieden und zur gezielten Schwächung der Gewerkschaften.

Das spektakulärste Problem hinter dem Finanzmarktkapitalismus ist eine gigantische Geldblase. Zwischen 1980 und 2007 nahmen die täglichen Finanztransfers von 62 auf 3.475 Milliarden Dollars zu, wogegen die Investitionen in die reale Wirtschaft zuletzt im Schnitt drei Milliarden pro Tag ausmachten. Dem von den Zentralbanken als gesetzliches Zahlungsmittel ausgegebenen Geld standen immer höhere „verbrieftete Ansprüche“ gegenüber – zum Beispiel Schuldverschreibungen, Pfandbriefe, Aktien, Fonds, etc. Das Verhältnis wuchs auf bis zu zwei zu 107 an. Das Resultat war eine gefährliche Instabilität, die Dirk Solte mit dem Spiel „Reise nach Jerusalem“ verglich, bei dem 107 Spieler, unter ihnen wenige sehr große Vermögensverwalter (institutionelle Anleger) um gerade zwei Stühle laufen. Das führt un-

weigerlich in die Krise, wenn die Musik nicht mehr spielt, also die „Bereitschaft sinkt, Geldansprüche statt Geld oder Sachwerte – „reale“ Werte – zu halten“. Die US-Zentralbank pumpte viel Geld in den Wirtschaftskreislauf und hielt die Zinsen niedrig. Die gigantische Ausweitung der Geldmenge trug dazu bei, dass bei den Finanzinstituten Kapital gleichsam aus dem Nichts gebildet wurde. Finanzprodukte wurden erfunden und die Risiken durch noch mehr Geld und durch immer weitere Derivateversicherungen „verdünnt“. Vieles wurde aus Gewinnen finanziert, die erst erwartet werden, aber noch gar nicht realisiert sind und deshalb um jeden Preis realisiert werden sollten.

Gleich ob Staaten, Banken, Unternehmen oder private Anleger immer mehr Akteure wollten im globalen Casino mitspielen. Dafür wurden Kontrollen beseitigt, Warnungen missachtet. Strukturierte Finanzdienstleistungen hieß das Zauberwort, bei deren Abschluss 100 und noch mehr Derivateversicherungen zusammenkommen können. Sie machten den Kapitalmarkt undurchschaubar und anfällig. Die komplizierten Vertragskonstruktionen, zum Beispiel das Cross-Border-Leasing oder der Handel mit Derivaten, basieren auf wenigen mathematischen Abschätzungsmodellen, die das Risiko ermitteln sollen. Diese Schönwetterrechnungen bilden jedoch nicht die Realität ab, sondern reine Erwartungen. Es überwog die Gier und sie machte blind. Im Wettlauf um heißes Geld weiteten die Banken die Kreditvergabe immer weiter aus, auch durch so genannte Leverage-Kredite (bei denen sich die Rendite mit der zunehmenden Verschuldung des Eigenkapitals erhöht) oder durch Kredite an Schuldner, die zur Rückzahlung überhaupt nicht fähig sind (Subprime). Auch im globalen Wirtschaftskreislauf vergrößerten sich die Ungleichgewichte durch hohe Ausfuhrüberschüsse, die insbesondere Länder wie China, Deutschland und Japan aufweisen, oder durch riesige Ausfuhrdefizite. Bei den einen wuchs der Schuldenberg, die anderen stützten ihre Binnenwirtschaft oder ihren Export mit Protektionismus. Diese Zusammenhänge werden bis heute weitgehend verdrängt und tabuisiert.

Die Entwicklung wurde verschärft durch die weltweite Konkurrenz in den Steuer, Finanz und Sozialsystemen, die sich über die nationalen Grenzen der Wertschöpfung und Gesetzgebung einfach hinwegsetzte. In der Globalisierung wird dort produziert, wo ein Staat (in der Regel finanziert über Steuern) die dafür besten Voraussetzungen (Bildung, Forschung, Infrastruktur, etc.) bereitstellt. Versteuert werden die Gewinne aber möglichst dort, wo die Abgaben gering sind.

Dieser fatale Zirkel setzte die Volkswirtschaften unter Druck, ebenfalls die Steuern zu senken und die Sozialleistungen zu reduzieren, um auf den ungleichen offenen Märkten mithalten zu können. Zugleich sollten sie insbesondere für Bildung, Wissenschaft und Infrastruktur wesentlich mehr Finanzmittel bereit stellen, um auch künftig noch mithalten zu können. Besonders die exportstarken Länder taten wenig, um ihre Binnenkonjunktur durch steigende Einkommen zu stabilisieren. Das Institut der deutschen Wirtschaft behauptete sogar, das mehr Gleichheit Wachstum und Wohlstand kostete. Tatsächlich nahmen auch in unserem Land mit der Schwächung der Binnennachfrage, die durch die Umverteilungen der damaligen Jahre zunahm, das Ungleichgewicht vergrößert. Die deutsche Wirtschaft wurde immer stärker vom Export abhängig und krisenanfälliger. Die Umverteilung ging nicht nur zu Lasten der unteren Einkommensgruppen, auch die Mittelschicht, die in der Vergangenheit viel zur Stabilisierung der Gesellschaft beitrug, wurde kleiner.

Der Finanzmarktkapitalismus nahm mit der Globalisierung Fahrt auf, kein Land hatte die Kraft oder den Willen, sich den Verwerfungen entgegenzustellen. Die Schulden betragen inzwischen weltweit das Vierfache des Bruttoinlandsprodukts, also der Gesamtsumme aller Einkommen und Gewinne eines Jahres. Trotz dieser Überschuldung kam es nicht zu gemeinsamen ökonomischen, sozialen und ökologischen Regeln, die ein Gebot der Vernunft sind und den Überdruck hätten abbauen können. Die politischen Haupttäter für diese falschen Weichenstellungen waren die britische Premierministerin Margaret Thatcher und der US-Präsident Ronald Reagan. Sie setzten die Liberalisierung der Kapitalmärkte in ihren Ländern durch und zwangen durch ihre starke Stellung auch andere Länder auf diesen Kurs. Seit den achtziger Jahren dominierte in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen der so genannte Washington Konsens, der die Interessen großer Banken und privater Investoren an die erste Stelle wirtschaftlicher Rahmensetzungen stellte. Er wurde von dem US-Ökonom John Williamson entwickelt. Seine Inhalte reichen von strikter Haushaltsdisziplin über Steuersenkungen, Deregulierung der Finanzsysteme und Handelsliberalisierung bis zur Bevorzugung ausländischer Direktinvestitionen. Ohne dass dieser Katalog je demokratisch legitimiert wurde, prägte er die Weltwirtschaft.

Das System knickte weg, als der Wirtschaftsboom schwächer wurde. Mit der Subprimekrise, an deren Beginn der Wunsch nach den eigenen vier Wänden stand, platzten die Blasen. In der 38. Kalenderwoche 2008 kam das Ende der Investmentbank Lehman Brothers, ein tiefer Einschnitt nicht nur in Amerika, sondern für die ganze Welt. In kürzester Zeit war das hoch gepriesene Geschäftsmodell von der Bildfläche verschwunden. Die fünf großen Flugschiffe des Investment Bankings endeten in Zusammenbruch, Notübernahme oder Umwandlung. Mehr noch: Die globale Finanzwirtschaft geriet außer Kontrolle. Das Vertrauen war weg, die Börse ging auf Talfahrt. Aus Handelnden wurden Getriebene.

Viel Geld verschwand bereits in einem tiefen schwarzen Loch. Und die Folgen der Kredit und Spekulationskrise greifen immer stärker auf die Realwirtschaft und damit auf den Arbeitsmarkt über. Wie in einem Dominospiel bringen sie Unternehmen zum Einsturz. In Deutschland sind Rosenthal, Märklin, Schiesser oder Opel nur besonders bekannte Beispiele. Und bisher konnte der Abwärtstrend kaum gestoppt werden.

Die neue Systemkonkurrenz

Anders als Konservative und Wirtschaftsliberale behaupten, haben wir es mit einer Krise des Systems zu tun. Die Geschichte ist nicht zu Ende, aber sie verlangt neue Antworten. Deutlich zeichnet sich eine neue „Systemkonkurrenz“ ab – zwischen liberaler und sozialer Demokratie. Nur die soziale Demokratie kann Wirtschaft und Beschäftigung stabilisieren, die ökologische Modernisierung vorantreiben und ein qualitatives Wachstum verwirklichen.

Mit der Finanzkrise hat die Musik aufgehört zu spielen. Jetzt wird nach der Politik gerufen, damit sie wieder spielen kann. Gigantische Rettungsschirme werden aufgespannt und riesige Konjunkturprogramme aufgelegt. Sie sollen retten, was zu retten ist. Doch wenn die Konjunktur nicht schnell anspringt, sind die finanziellen Möglichkeiten des Staates und vieler Sozialsysteme schon bald erschöpft. Die Verschuldung steigt bereits explosionsartig an.

Anfang April 2009 beschloss auch die G 20, die Gemeinschaft der zwanzig wichtigsten Volkswirtschaften, erste Schritte zur Neuordnung der Weltfinanzordnung. Im Paket sind durchaus beachtliche Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte. Doch das Treffen in London klammerte zentrale Fragen aus. Die Gefahr besteht, dass es bei einem Kurieren an Symptomen bleibt. Kein Wunder, denn der Glaube an die Selbstregulierung der Märkte, der in das Desaster geführt hat, ist noch immer tief in machtvollen Interessen verwurzelt. Er liegt wie Mehltau über den Staats- und Regierungschefs, die sich – wenn überhaupt nur mühsam aus dem alten Denken lösen.

Mit dem Chaos auf den Finanzmärkten wiederholt sich das, was das britische Wirtschaftsblatt *The Economist* bereits 1930 über die große Krise von 1929 geschrieben hat: Das „größte Problem liegt darin, dass die Erfolge auf der ökonomischen Ebene die Erfolge auf politischer Ebene dermaßen übertreffen, dass Wirtschaft und Politik nicht miteinander Schritt halten. Ökonomisch ist die Welt eine umfassende Handlungseinheit, politisch ist sie zerstückelt geblieben. Die Spannung zwischen dieser gegensätzlichen Entwicklung löst reihenweise Erschütterungen aus.“

Die Frage heißt: Haben wir aus dem letzten Jahrhundert, dem „*Jahrhundert der Extreme*“ (Eric Hobsbawm), gelernt, damit sich derartige Katastrophen nicht wiederholen? Oder ist der Finanzkapitalismus der „*Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er selbst herauf beschwor*“, wie Friedrich Engels und Karl Marx bereits Mitte des 19. Jahrhunderts im Kommunistischen Manifest prophezeit haben? Es geht nicht darum, Gefahren heraufzubeschwören. Aber die Lage ist zu ernst, um nicht auch die dunklen Seiten des Kapitalismus zu sehen.

Natürlich leben wir heute in einer anderen Zeit. Der Kapitalismus hat – anders als die verblichene Konkurrenz seine Anpassungsfähigkeit an neue Herausforderungen unter Beweis gestellt, mal abrupt, mal allmählich, oftmals schmerzlich. Heute gibt es Airbags gegen den Crash und bessere Möglichkeiten der internationalen Krisenbewältigung. Dem steht allerdings entgegen, dass das Weltfinanzsystem – nicht zuletzt durch die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologien sehr viel umfangreicher, komplexer und verzweigter geworden ist. Es erfordert eine viel höhere Regulierungskompetenz. Zudem wäre es kurzsichtig, nur die Zusammenbrüche auf den Finanzmärkten zu sehen. Tatsächlich erleben wir erstmals in der modernen Gesellschaft ein Zusammentreffen globaler ökonomischer und ökologischer Krisen, die sich wechselseitig verstärken können. Sie werden verursacht durch eine Unternehmens- und Wirtschaftsverfassung, deren oberstes Ziel die Steigerung der Gewinne auf Kosten von Arbeit, Natur und Gesellschaft ist. Sie werden vom Kapital gleichsam aufgezehrt. Und die Gewerkschaften werden geschwächt, der Sozialstaat demontiert und der Umweltschutz erschwert.

Kurz: Unsere Zeit widerlegt die hochmütige These vom Ende der Geschichte, die nach dem Zusammenbruch der zweigeteilten Welt aufgekommen war, weil die großen ideologischen Auseinandersetzungen vorbei zu sein schienen. Richtig ist: Der Osten hat verloren, auch weil sozialer Rechtsstaat, Marktwirtschaft und freiheitliche Bürgergesellschaft ungleich attraktiver waren als der autoritäre Staatskommunismus. Dafür standen vor allem die Errungenschaften der sozialen Demokratie, die den Kapitalismus in geordnete Bahnen lenken konnte. Das „*sozialdemokratische Jahrhundert*“ (Ralf Dahrendorf) brachte zumindest einem Teil der Welt Wohlstand, Frieden und Stabilität. Dafür stand die Idee des Sozialstaates, die nicht zuletzt durch die Systemkonkurrenz begründet wurde. Nach dem Ende des Kommunismus breitete sich eine „*Siegermentalität*“ aus, die auch den Sozialstaat in die Defensive brachte. Er konnte die Ungleichheit in der Verteilung von Chancen, Einkommen und Macht und die Krisenhaftigkeit der Wirtschaft zwar auch nicht überwinden, aber doch in beherrschbaren Grenzen halten.

Die Umwälzungen nach den Umbrüchen von 1989 wurden von Parteien und Verbänden für eine Wende rückwärts genutzt. Bei den Konservativen aus der Überzeugung, dass es mit der Radikalisierung der Konkurrenz zu einer „*Rückbesinnung*“ auf die „*alten*“ Werte von Heimat, Familie und Nation führe. Die Wirtschaftsliberalen verstanden sich immer als Vertreter eines Individualkapitalismus, der in erster Linie auf den Markt setzt und mit Gemeinsinn, Vernunft und Rationalität wenig zu tun hat.

Die Vordenker der Restauration waren Milton Friedman und Friedrich A. von Hayek. Ihnen ging es um das Primat des Individuums über die Gesellschaft und das des Marktes über den Staat. Statt eines produktiven Miteinanders wollten sie eine Radikalisierung des Wettbewerbs. Dafür wurde nahezu jede Entscheidung auf die Kostenfrage reduziert. Bewusst nahmen sie in Kauf, dass davon nur einzelne Akteure kräftig profitierten. Weltweit setzten sich „*grenzenloser Expansionsdrang, Bindungslosigkeit und das Primat der Märkte*“ (Gerhard Scherhorn) durch. Die Folge waren gewaltige Umverteilungen von unten nach oben. Die unregulierten Kapitalmärkte und zweistelligen Renditeziele, die kurzfristigen Erwartungen, maßlosen Bereicherungsorgien und die ökologische Blindheit wurden zu einer „*Party auf Kosten der Zukunft*“ (Jesse Jackson). Die behauptete Liberalität war die Liberalität für eine „*Geldaristokratie*“, „*deren Einkommen, Muße und Sicherheit keiner Steigerung bedürfen*“ (Karl Polany). Insofern ist auch der Begriff „*liberal*“ fehl am Platz. Genauso wie eine stabile Demokratie ist Liberalität ohne soziale Grundlagen nicht denkbar. Der Finanzmarktkapitalismus treibt auseinander, was zusammengehört und eine lebenswerte Gesellschaft ausmacht. Die sozialen Netze wurden ausgedünnt, kulturelle Bedürfnisse missachtet und die natürlichen Lebensgrundlagen aufgeplündert.

Obwohl der Marktradikalismus pure Ideologie ist, die mit den Ordoliberalen der Freiburger Schule wenig gemein hat, übernahmen die meisten Wirtschaftsberater und Wirtschaftswissenschaftler diesen Irrweg, ja machten daraus ein Dogma. Obwohl sie damit grandios gescheitert sind, gehören einige von ihnen noch immer zu den Beratern des Bundeskanzleramts. Selbst Herr Ackermann, der Chef der Deutschen Bank, der nach wie vor Renditeziele von 25 und mehr Prozent vorgibt, sitzt weiter mit am Tisch der Kanzlerin. Tatsächlich brachte die Liberalisierung keine funktionsfähigen internationalen Kapitalmärkte hervor, beförderte aber die Konzentration von Banken und Unternehmen, führte zu zahlreichen Übernahmen und befreite die nationalen Kapitalmärkte von Kontrollen. Das erlaubte vielen Finanzakteuren den Ausbau ihrer Machtposition. Sie konnten Kosten viel stärker als im sozialdemokratischen Jahrhundert auf die soziale und natürliche Mitwelt abwälzen, also „externalisieren“.

Die Politik darf jetzt nicht nur der Pfleger am Krankenbett des Finanzkapitalismus sein, sondern muss eine neue Ära wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Stabilität aufbauen. Nicht zuletzt weil die Steuerzahler viel Geld für die Bewältigung der Krise bezahlen. Sie haben einen Anspruch darauf, dass die Politik das Übel bei der Wurzel packt. Doch erst langsam dringt ins Bewusstsein, dass es nach dem Ende der zweigeteilten Welt eine neue Form der Systemkonkurrenz gibt, die lange Zeit zu wenig gesehen wurde: die zwischen *liberaler und sozialer Demokratie* (Thomas Meyer). Sie ist mit unterschiedlichen Formen der Wirtschafts und Unternehmensverfassung, politischer Regulierung und staatlicher Aufgabenzuweisung verbunden:

- **Die liberale Demokratie** begrenzt Bürgermitbestimmung auf das große politische System. Von konservativen Politikern wird schon die Forderung, mehr Demokratie zu wagen, als ein Angriff auf die Freiheit diffamiert. Sie beschränkt die Rechtsgarantien auf den Schutz der individuellen Freiheit gegen Übergriffe Dritter. Was der Einzelne in diesem geschützten Rahmen aus seinen Handlungschancen macht, bleibt ihm gänzlich selbst überlassen.
- **Die soziale Demokratie** strebt dagegen ein soziales Staatsbürgerrecht für die Freiheit und Würde des Einzelnen an sowie eine Ausdehnung des Selbst und Mitbestimmungsrechts über das politische System hinaus auf alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche. Sie will verbindliche Regeln für soziale und ökologische Ziele ebenso für Steuern und Abgaben.

Die Auseinandersetzung zwischen liberaler und sozialer Demokratie kann zu einem bestimmenden Konflikt des 21. Jahrhunderts werden, zumal wenn die USA, Hauptvertreter der liberalen Demokratie, nicht erkennen sollten, dass die Ideen des „alten Europas“ auch Amerika neue Stärke geben. Unwahrscheinlich ist das nicht, denn mit dem Wohlfahrtsstaat und der Greater Society gab es in der amerikanischen Geschichte vergleichbare Ideen. Nachdem in den letzten Jahren die Demokratie geschwächt wurde, muss jetzt das Gestaltungsprimat der Demokratie gegenüber der Wirtschaft durchgesetzt werden. Weitergehende gesellschaftspolitische Perspektiven sind notwendig, denn letztlich geht es um die Zukunft der Demokratie selbst.

Das Regime der kurzen Frist

Die marktradikale Ideologie ist geschichtslos. Sie passt aber zur Globalisierung, weil sie ihre fehlenden Regeln scheinbar legitimiert. Der „flexible Kapitalismus“ rüttelt mit seinem Diktat der kurzen Frist an den Konstanten von Sicherheit, Vertrauen und Stabilität. Vor allem die neunziger Jahre waren ein verlorenes Jahrzehnt. Notwendige Reformen kamen nicht voran. Selbst Ludwig Erhard wäre für den konservativen Zeitgeist ein Standortrisiko gewesen.

Die Demokratie war bisher nicht stark genug, in der Welt der „globalen Unternehmen“ Finanzgier und Bindungslosigkeit zu stoppen. Die Finanzkrise ist auch eine Krise der Demokratie. Vor allem die neunziger Jahre waren geprägt von Stagnation und Rückschritt. Der Shareholder-Value wurde zum Leitbild einer erfolgreichen Wirtschaft. Er programmierte die Wirtschaft radikal auf die Gewinnmaximierung in der Gegenwart. Nichts Langfristiges, so lautete sein Diktat.

Während die soziale Marktwirtschaft auf einer Ökonomie des Ortes, auf ein Interessensarrangement zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften und auf stabilen Vertrauensbeziehungen aufbaut, legt es der „flexible Kapitalismus“ (Richard Sennett) darauf an, Menschen zu verbiegen und Institutionen aufzulösen. Beschäftigte wurden zu „modernen Nomaden“, der Beruf degenerierte zum Job. Lebenswichtige Routinen wurde aufgelöst und eine ständige Risikobereitschaft gefordert. Zugleich verlagerte der Transformationsprozess die Dynamik weg von Massenkonsum und produktiver Wertschöpfung auf die Aktien und Kapitalmärkte.

Das Diktat der kurzen Frist wurde zum Kennzeichen des globalen Kapitalismus. Statt für ein Gleichgewicht zu sorgen, spekulierte es mit den Erwartungen in der näheren Zukunft und nutzte selbst geringe Preisunterschiede in Raum und Zeit rücksichtslos aus. Statt für ein Gleichgewicht zu sorgen, wurden die Liberalisierung der Finanzmärkte und die Deregulierung der Wirtschaft – und damit ihre Entbindung aus der Gesellschaft zu einem „Krieg mit der Zukunft“ (Alain Joxe). Auch in unserem Land grast die Heuschrecke die Unternehmen ab und hinterließ zerstörte Felder. Sie forderten immer höhere Gewinne, die Deutsche Bank gab die irrealen Gewinnmarge von 25 Prozent und mehr vor. Sie setzten die Politik unter Druck, die „Deutschland AG“ abzuwickeln, von Unternehmen und Verbänden, auch den meisten Wirtschaftswissenschaftlern und Medien gefordert als überfälliges Ende einer Wirtschafts- und Sozialromantik. Diese Ignoranz ließ jede makroökonomische Vernunft vermissen. **Missachtet wurden auch wichtige Grundsätze im Risikomanagement:**

- Hohe Gewinne bedeuten auch hohe Risiken.
- Langfristige Kredite dürfen nicht mit immer neuen und immer kurzfristigeren Krediten finanziert und refinanziert werden.
- Eine gute Wirtschaft sieht nicht nur die Sonnenseite, sondern muss auch gegen eine Abschwächung Vorsorge treffen.

Das Desaster ist nun da und keiner will Schuld haben. Nach dem Kollaps der Wall Street, dem Herz des globalen Finanzsystems, ruft selbst *Alan Greenspan*, der langjährige Hexenmeister der US-Notenbank und mitverantwortlich für die schwerste Krise seit der großen Depression, nach der Feuerwehr. Doch die Warnungen, dass die maßlosen Spekulationsgeschäfte nicht gut gehen können, gab es schon frühzeitig. Sie wurden gerade von den Greenspans vom Tisch gewischt.

So forderte im Dezember 1997 *Ignacio Ramonet*, der Chefredakteur von *Le Monde Diplomatique*: „*Entwaffnet die Märkte!*“ Es war kein Leitartikel, es war ein feuriges Manifest: „Der Wirbelsturm, der die asiatischen Geldmärkte verwüstet, bedroht die ganze Welt. Die Globalisierung des Anlagekapitals schafft universelle Unsicherheit. Sie verhöhnt nationale Grenzen und schwächt die Macht der Staaten, die Demokratie, den Wohlstand und das Glück ihrer Völker zu sichern. Die Globalisierung des Finanzkapitals stellt ihre eigenen Gesetze auf. Sie hat einen übernationalen Staat errichtet, mit einem eigenen Verwaltungsapparat, eigenen Einflussgebieten und eigener Politik: der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank, die Organisation für Ökonomische Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Welthandelsorganisation (WTO). Diese machtvollen Institutionen singen das Lied von den ‚Marktwerten‘. Und die großen Medien sind ihr getreues Echo. Dieser künstliche Weltstaat ist eine Großmacht ohne gesellschaftliche Grundlage. Er ist allein den Finanzmärkten und den Herren der Fonds und der Multis verantwortlich. Und die wirklichen Staaten der wirklichen Welt werden zu Gesellschaften ohne Macht degradiert. Und das wird von Jahr zu Jahr schlimmer.“

Massive Kritik an dem spekulativen Kapitalismus gab es sogar schon früher, nicht nur von Attac oder aus den Reihen von SPD und Gewerkschaften. Auch die beiden großen Kirchen üben seit vielen Jahren deutliche Kritik am ungezügelter Kapitalismus. Seit der ersten großen Sozial. Enzyklika „*Rerum Novarum*“ aus dem Jahr 1891, in der sich *Papst Leo XIII* mit den ethischen Anforderungen an die Wirtschaft befasst hat, beklagen sie eine „radikale kapitalistische Ideologie“, die „alles dem blinden Glauben an die freie Entfaltung der Marktkräfte unterordnet“. In Schriften und Erklärungen knüpfte *Johannes Paul II* daran mit seiner Kritik am „wilden Kapitalismus“ an, ebenso *Benedikt XVI*, sein Nachfolger auf dem Heiligen Stuhl.

Unter dem Druck der Kurzfristigkeit und im Fieber hoher Gewinne wurden Warnungen überhört und historische Erfahrungen verdrängt. Der Geschwindigkeitsrausch kappte das Band mit den geschichtlichen Erfahrungen und verschlechterte damit die Fähigkeit zur Deutung, Einordnung und Reflexion der wirtschaftlichen und sozialen Prozesse. Gesehen wurden nur kurzfristige Renditen, an denen sich alle Entscheidungen messen sollten. Von einer Balance zwischen Eigeninteresse und Verantwortung für das Gemeinwohl, zwischen Gegenwart und Zukunft unabdingbare Voraussetzung für eine stabile soziale Ordnung konnte keine Rede mehr sein. Damit nahmen die sozialen Unterschiede zu, bildeten sich prekäre Arbeitsverhältnisse heraus, wurde der gesellschaftliche Zusammenhalt brüchig. Die Mittelschicht schrumpfte und ihr wurden immer größere Lasten aufgebürdet.

Die konservativ-wirtschaftsliberale Ideologie verlangte, dass sich der Staat aus den sozialen Gestaltungs und Verteilungsfragen raus zu halten hätte. Der konservative Wirtschaftsliberalismus brach mit den Ideen der sozialen Marktwirtschaft. Die vorherrschende Ideologie der neunziger Jahre war das Gegenteil der Auffassung Ludwig Erhards, dass „im Gegensatz zu der liberalistischen Wirtschaftsordnung der Vergangenheit die soziale Marktwirtschaft eine Sozialisierung des Gewinns und des Fortschritts bewirken (muss), um durch eine breit geschichtete Massenkaukraft die konservative Sozialstruktur dauerhaft zu überwinden“. Der Vater der sozialen Marktwirtschaft wäre heute für die Neoliberalen, selbst für große Teile der CDU/CSU ein Standortrisiko. Wie er waren auch die liberalen Wegbereiter Alfred Müller-Armack, Walter Eucken oder Alexander Rüstow noch davon überzeugt, dass „ein starker Staat und eine liberale Wirtschaftspolitik einander bedingen“.

Vor dem Hintergrund dieser Zeit und ihrer Irrwege muss die *Agenda 2010* gesehen werden. Ihr Ausgangspunkt war richtig: „Die Welt verändert sich in rasender Geschwindigkeit. ... Entweder wir modernisieren und zwar als soziale Marktwirtschaft oder wir werden modernisiert und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen“, so *Gerhard Schröder* am 14. März 2003 vor dem Deutschen Bundestag. Eine Reform der Sozialsysteme war dringend überfällig geworden. Sie konnten vor dem Hintergrund des demografischen Wandels immer weniger Sicherheit und Stabilität garantieren. Und den Arbeitnehmern wurden steigende Abgaben aufgelastet. Doch die *Agenda 2010* fand in einem schwierigen Umfeld statt und blieb auf halbem Weg stecken. Die Handlungsmöglichkeiten waren eng geworden, denn in den neunziger Jahren lag ein Reformstau wie Mehltau über unserem Land. Unter Bundeskanzler Helmut Kohl gewann der Finanzmarktkapitalismus in Deutschland an Boden. Große Teile von CDU/CSU und FDP wollten „mehr Kapitalismus wagen“ und den Sozialstaat abwürgen. So kamen die ersten Reformmaßnahmen im Vergleich zu den skandinavischen Staaten rund zehn Jahre später, als die Krise der New Economy bereits tiefe Spuren hinterlassen hatte.

Die rotgrüne Koalition konnte zwar die Wirtschaft stabilisieren und die Beschäftigung verbessern, doch die *Agenda 2010* war mehr eine Reparaturarbeit am Rande des Abgrunds als eine Gestaltungsanstrengung für einen modernen Sozialstaat. Weitergehende soziale und ökologische Reformen wurden blockiert.

Der dritte Epochenbruch des Kapitalismus

Wir erleben einen Epochenbruch. Die Zeit des Finanzkapitalismus ist vorbei, die globale Ökonomie formiert sich neu. Damit öffnet sich ein Gestaltungsfenster, das genutzt werden kann. Eine gute Zukunft kommt nicht von selbst. Die neue Epoche muss die ökologische Modernisierung ins Zentrum rücken und die soziale Demokratie stärken.

Mit der Krise wird auch die ideologische Fremdbestimmung hinterfragt, auch wenn in der Öffentlichkeit noch immer die Kommentatoren und Berater zu Wort kommen, die in den letzten Jahren den marktradikalen Kurs hochgejubelt und jede Kritik daran als haltlos oder ideologisch abgetan haben. Doch nun ist Wichtigste, wieder den eigenen Kopf zu benutzen, denn eine „gute Zukunft kommt nicht von selbst“ (*Willy Brandt*).

Mit der Krise formiert sich die globale Ökonomie neu. Sie öffnet ein Gestaltungsfenster für Politik und Zivilgesellschaft. Damit ist noch nicht die Frage beantwortet, wohin es geht? Einen Automatismus in eine höhere Gesellschaftsordnung gibt es jedenfalls nicht. Wir stecken gleichsam in einer „Suchbewegung“ (*Oskar Negt*). Umso mehr brauchen wir eine historische Einordnung der Krise und den Diskurs über Möglichkeiten und Ziele des erneuten Umbaus. Folgende Einteilung lässt sich machen:

- **Die erste Epoche** war der *Manchesterkapitalismus*, in dem die breiten Schichten unterdrückt und weitgehend rechtlos waren. Damals sind die sozialen Reformbewegungen entstanden.
- **Die zweite Epoche** war der *Wohlfahrtsstaat*, der nach den großen Katastrophen des letzten Jahrhunderts Weltkriege und Weltwirtschaftskrise – in den westlichen Industrieländern durchgesetzt wurde. Sie war geprägt von dem Grundkonsens, der in Westdeutschland die soziale Marktwirtschaft möglich gemacht hat. Die Gesellschaft wurde wie in einem Fahrstuhl nach oben gehoben und brachte *Wohlstand für alle*. Die sozialliberale Koalition leitete Ende der sechziger Jahre den zweiten sozialstaatlichen Modernisierungsschub ein. Der verkrustete CDUStaat war zu eng geworden und zu national geblieben. Mit Willy Brandt und Helmut Schmidt kam es zu inneren Reformen, zur europäischen Integration und zur Friedenspolitik. Der Ausbau der Bildungsangebote verringerte den Widerspruch zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut;
- **Die dritte und bisher letzte Epoche** war der *Finanzmarktkapitalismus*, dessen innere Widersprüche nun in die globale Krise geführt haben.

An diesem Epochenbruch haben die Banken die Politik in Geiselnhaft genommen. Sie ist nicht auf Gedeih, wohl aber auf Verderb auf eine Stabilisierung der Finanzkreisläufe angewiesen. Um aus dieser Falle, auf die Zwänge der Wirtschaft reagieren zu müssen, statt in erster Linie die Zukunft gestalten zu können, herauszukommen, darf die Politik die Verhältnisse nicht hinnehmen, sondern müssen sie für eine sozialökologische Marktwirtschaft neu geordnet werden.

Im letzten Jahrhundert hat die soziale Demokratie den Kapitalismus in den westlichen Industriestaaten gebändigt. Auch heute ist der Umbau ohne eine starke und lebendige Demokratie nicht möglich. Doch *Colin Crouch* charakterisiert unsere Zeit als „*Postdemokratie*“, weil die demokratischen Institutionen immer weniger mit Leben erfüllt sind. Durch diese „Ausdünnung“ wird ihre Legitimation von der Bevölkerung in Zweifel gezogen. Auch *Ralf Dahrendorf* befürchtet, dass ein „*autoritäres Jahrhundert*“ droht, wenn die „Prozesse, die im weitesten Sinne mit der Globalisierung verbunden sind, nicht sozial geregelt werden“. Doch ist unsere Gesellschaft zu einer solidarischen Kraftanstrengung fähig, die der neuen Epoche ein sozialökologisches Profil gibt?

Gute Politik hat ihre Quelle in der Zukunft. Gerade in schwierigen Situationen brauchen die Menschen eine Perspektive. Dafür müssen sie begreifen, was unter der Oberfläche abläuft, was die Ursachen der Krise sind und wo eine gute Zukunft liegen kann. Wir erleben den schmerzlichen Übergang von einer Wirtschaftsperiode in eine andere. **Drei große Megatrends** kommen zusammen. Sie eröffnen, wenn sie mit der Idee der Nachhaltigkeit verbunden werden, eine starke gemeinsame Lösungsperspektive:

- **Die Krise des Finanzkapitalismus.** Neben der nationalen, europäischen und globalen Reform der Finanzordnung muss die produktive Wirtschaft gestärkt werden. Sie wird gefördert durch eine Konzentration der Mittel auf die ökologische Modernisierung. Das sind die Märkte der Zukunft, die weltweit gebraucht werden.
- **Die Abschwächung** des großen Innovationsschubs der Informations und Kommunikationstechnologien, die in den letzten Jahrzehnten immer weitere Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft durchdrungen haben. Auch hier zeigt die ökologische Modernisierung einen Weg auf, um zu einem neuen Produktivitätsschub zu kommen, denn sie erschließt die wichtigsten Märkte der Zukunft.
- **Die ökologischen Knappheiten** durch die Überlastung und Endlichkeit des Naturkapitals. Durch Bevölkerungswachstum und nachholender Industrialisierung werden in wenigen Jahrzehnten rund neun Milliarden Menschen auf der Erde leben, die Hälfte davon in Industriestaaten. Verteilungskonflikte drohen, aus denen Ressourcenkriege werden können. Auch das macht die ökologische Modernisierung zu einem Gebot unserer Zeit.

Die Reform der Wirtschaft ist überfällig. Aber sie braucht ein Ziel, das sich an den Grundfragen einer modernen und lebenswerten Gesellschaft orientiert, die *Immanuel Kant* gestellt hat:

- Was sind wir als Menschen?
- Was sollten wir sein?
- Was tun wir?
- Worauf sollten wir hoffen? Sowie als neue Frage immer drängender:
- Wie können wir auf Dauer gut leben?

Fest steht, dass wir uns eine Zukunft, die nur die Vergangenheit verlängert, nicht leisten können, denn mit dem „*ökonomischen Einheitsdenken*“ (*Le Monde*), das in den letzten Jahren vorherrschte, ist die Krise nicht zu bewältigen. Eine Neuordnung braucht eine starke soziale Demokratie. Und eine gute Zukunft und sichere Arbeit sind ohne den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und mehr Verteilungsgerechtigkeit nicht zu erreichen. Notwendig sind Konzepte, die den Menschen Mut für eine große, solidarische Gemeinschaftsanstrengung machen. Das ist möglich, wenn die unterschiedlichen Problemfäden aufgegriffen und die Bewältigung der Finanzkrise mit Strategien gegen den Klimawandel, die Ressourcenknappheit und die Spaltung zwischen Arm und Reich verbunden werden. Das wird zum Motor für eine nachhaltige Entwicklung.

Der Weg in ein *zweites Jahrhundert der sozialen Demokratie* geht nur in einer neuen, um die Ökologie erweiterten Form. Nachhaltigkeit führt zur Neuordnung der europäischen Sozialordnung und zu einer sozialökologischen Marktwirtschaft. Sie ist die Grundlage für ein global tragfähiges Gesellschaftsmodell. Doch Eile ist geboten, denn das Gestaltungsfenster kann sich auch schnell wieder schließen. Dann droht aus der Krise ein Kollaps zu werden. Die Finanzkrise zeigt: Mehr Demokratie ist notwendig. Die Menschen brauchen Sicherheit durch Wandel und Sicherheit im Wandel. Sie brauchen eine nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft in einem nachhaltigen Europa berechenbar, verlässlich und innovativ.

New Deal und Bretton Woods

Seit den siebziger Jahren wurden die beiden großen Errungenschaften der „*Keynes-Ära*“ aufgekündigt: Wohlfahrtsstaat und Weltwirtschaftsordnung. Dahinter stehen Machtauseinandersetzungen. Die Aufkündigung von Bretton Woods katapultierte ausgerechnet die Geldpolitik an die Spitze der Wirtschaftssteuerung, obwohl es bei der Gründung 1944 Konsens war, dass die Finanzspekulation kontrolliert werden muss.

Um die Reformaufgabe einzuordnen, zuerst ein Blick zurück: Durch die Krise erfährt die Wirtschaftstheorie von John Maynard Keynes neues Interesse. Der britische Liberale legte in den dreißiger Jahren mit der *Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* die Grundlagen für eine staatliche Konjunkturförderung und ein stabiles internationales Währungssystem. Sein Konzept des Deficit spending sollte das Auf und Ab im Wachstum ausgleichen und die Beschäftigung sichern. US-Präsident *Franklin Delano Roosevelt* griff diese Überlegungen mit dem *New Deal* 1933 auf. Durch die „*soziale Disziplinierung der Wirtschaft*“ wurde der Wohlfahrtsstaat möglich. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die wirtschaftliche Globalsteuerung in unterschiedlicher Ausprägung in nahezu allen westlichen Staaten zur Grundlage für Beschäftigung, Wohlstand und Wachstum. Bis Ende der siebziger Jahre orientierte sich die Wirtschaftspolitik der westlichen Industriestaaten an diesem Konzept.

Keynes verstand seine Theorie nicht nur als ein Rezept für eine moderne Wirtschaft, sondern auch als eine moralische Antwort auf die Massenarbeitslosigkeit und sozialen Unruhen der zwanziger und dreißiger Jahre. Nur der Wohlfahrtsstaat, so seine Auffassung, kann die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt festigen. Zusammen mit dem Amerikaner *Harry Dexter White* wurde Keynes zum wichtigsten Architekten der ersten Weltwirtschaftsordnung, die am 22. Juli 1944 im US-Badeort Bretton Woods (New Hampshire) von 44 Staaten besiegelt wurde. Vorangegangen waren fast drei Jahre intensiver Debatten zwischen den Wirtschaftsexperten der amerikanischen und britischen Regierung. Beide Seiten wollten einen geregelten Kapitalismus, um künftig Krisen, Konflikte und Inflation zu vermeiden. US-Finanzminister *Henry Morgenthau* forderte am Beginn der Konferenz, die „wucherischen Geldverleiher aus den Tempeln der Finanzen zu treiben.“ Mit Hilfe fester Wechselkurse sollten die Weltwirtschaft stabilisiert und ein freier und reibungsloser Welthandel gesichert werden. Der Protektionismus sollte eingedämmt, der internationale Kapitalfluss kontrolliert und ein globales Währungssystem eingeführt werden.

Trotz der Einigkeit in den Zielen gab es erhebliche Kontroversen zwischen USA und Großbritannien. Amerika wollte nämlich nicht nur ein gemeinsames Währungssystem, sondern auch die bis dahin existierende Vormacht des britischen Pfunds beenden. Insofern ging es in Bretton Woods auch um die Führungsrolle in der Weltwirtschaft. Als stärkste Wirtschaftsmacht setzten sich die USA durch. Beschlossen wurde der White-Plan, der das Währungssystem auf den US-Dollar abstellte. Amerika wurde in seiner Geldpolitik autonom, während alle anderen Mitglieder ihren Wechselkurs durch Devisenmarktintervention gegenüber dem Dollar sicherstellen mussten. Damit hatte Bretton Woods von Anfang an den Webfehler, vorrangig die Interessen der USA zu verfolgen. Der US-Dollar wurde zugleich zur nationalen und internationalen Währung.

Der alternative Plan von Keynes zielte darauf ab, mit Hilfe einer supranationalen Weltwährung, genannt *Bancor*, alle Überschuss- und Defizitländer dazu zu bringen, Ungleichgewichte in ihren Zahlungsbilanzen abzubauen. Zudem machte Keynes den Vorschlag, eine International Trade Organisation (ITO) zu gründen, die eine globale Zentralbank mit weit reichenden Rechten für den Schutz von Unternehmen und den Erhalt der natürlichen Ressourcen werden

sollte. Diese Idee wurde zwar nach dem Tode von Keynes in der „Havanna-Charta“ der Vereinten Nationen verankert, aber sie blieb folgenlos, zumal die WTO bereits ihre Arbeit aufgenommen und gefestigt hatte. Auch der kalte Krieg erschwerte neue Formen der Zusammenarbeit.

Dennoch: Mehr als sechs Jahrzehnte nach Bretton Woods sind die Vorschläge wieder aktuell. Das betrifft vor allem den Vorschlag für eine internationale Ordnung, die allen Ländern den Abbau von Ungleichgewichten in den Leistungs- und Zahlungsbilanzen abverlangt. Zuletzt griff der Nobelpreisträger *Joseph Stiglitz* diese Überlegungen auf. Auch das aufstrebende China drängt darauf, die Vorherrschaft des Dollars zu beenden und ein plurales System zu entwickeln, in dem die großen Währungen gleichberechtigt sind.

Damals gab es weitere weitsichtige Vorschläge. In der Atlantikcharta von 1941 wollten Roosevelt und sein britischer Partner, Premier Winston Churchill, die Weltwirtschaft darauf verpflichten, allen Staaten einen dauerhaften Zugang zu den natürlichen Ressourcen zu verschaffen. Diese Ideen sind angesichts der Knappheit und Spekulation auf den Energie und Rohstoffmärkten noch wichtiger geworden. Denn vor allem bei großen Anlegern wächst das Interesse, auf knappe Güter zu spekulieren, auf Energie, Rohstoffe und Böden. Sie trieben bereits die Preise für Energie und Lebensmittel, zynischerweise angepriesen als die Felder mit den höchsten Gewinnaussichten, mit in die Höhe. Solange die Weltwirtschaft wuchs und die amerikanischen Finanzen stabil blieben, funktionierte das System von Bretton Woods. Nach dem Krieg waren Weltbank und Internationaler Währungsfonds willkommene Institutionen, die sowohl für den Süden als auch für den zerstörten Norden der Erde wichtige Aufgaben übernahmen. Bretton Woods brach jedoch zusammen, als die USA den Vietnamkrieg durch eine Erhöhung der Geldmenge zu Lasten anderer Staaten finanzierten. Die vagabundierenden Vietnam-Dollars inflationierten die Welt. Die Folgen waren absehbar: Als Frankreich 1971 seine Reserven in Gold eintauschen wollte, wären die USA praktisch pleite gewesen. Deshalb kündigte US-Präsident *Richard Nixon* die Verpflichtung auf, Dollar in Gold einzulösen. 1973 war das System am Ende. Das katapultierte ausgerechnet die Geldpolitik an die Spitze der Wirtschaft. Hinzu kamen in den siebziger Jahren die Petrodollars, die nach den beiden Ölpreiskrisen Anlagen suchten. Die Geschäftsbanken übernahmen das Kommando. Es kam zur Liberalisierung der Kapitalmärkte. Die Erwartung kurzfristiger Gewinne bestimmte die Entscheidungen. Die Finanzjongleure trieben die Wirtschaft mit übersteigerten Gewinnerwartungen vor sich her. Der irrwitzige Zwang zur Quartalsberichterstattung zwang Unternehmen, immer kurzfristigere Ziele zu verfolgen. Hedgefonds und Private Equity plünderten profitable Unternehmen aus. Managervergütungen wurden zu Bereicherungsgorgien. Und die Rating-Agenturen drückten diesem Unsinn auch noch ein goldenes Tripple A auf.

Von der Ausweitung der Finanzdienstleistungen profitierte die mächtigste Wirtschaft der Welt. Vor allem durch hochspekulative Hedge-Fonds, die in den USA bis zu 30 Prozent der Transaktionen mit Wertpapieren ausmachten, und durch die Private Equity-Szene, die Firmen auf Pump übernahm. Die Vertreter von Banken, Fonds oder Rating-Agenturen wollten in Erwartung des schnellen Reichtums das große Rad drehen.

Und dahinter stand die kalte Macht der USA, eigene Probleme über die Stärke auf den Finanzmärkten auf andere Volkswirtschaften abzuwälzen. Doch nach der Asien, Russland und Lateinamerika-Krise kam es zum Zusammenbruch der *New Economy* zu Beginn unseres Jahrzehnts, die in einem erheblichen Umfang durch Spekulation verursacht wurde. Mit der Immobilienkrise im Jahr 2008 rutschten *IndyMac*, *FreddieMac* und *FannieMae* in den Keller und müssen seitdem mit Milliardenprogrammen aufgefangen werden. Banken wie die stolze *City Group* standen plötzlich am Abgrund, die *AIG*, der größte Kreditversicherer auf Derivatebasis schmierte ab. *General Motors*, lange Zeit größter Autokonzern der Welt, kämpft um sein Überleben, *Chrysler* musste Insolvenz anmelden. Der Schwelbrand der *Sub-primes* wurde zum Flächenbrand: Hypothekenkrise, Verfall des Dollars, Überzeichnung der Kreditkarten, Milliardenabschreibungen im Finanzgeschäft.

Noch ist die Krise lange nicht vorbei. Selbst Spezialisten sind weit davon entfernt zu wissen, was noch alles in den Büchern verborgen ist. *Larry Summers*, Finanzminister unter US Präsident Bill Clinton und heute Barak Obamas Berater, befürchtet, dass wir erst in „Runde Vier eines ZwölfRundenKampfes“ sind.

Die Theorie der langen Wellen

Die Entwicklung der Industriegesellschaft wird entscheidend von ihrer Innovationskraft geprägt. Nach der Theorie der langen Wellen gab es bisher fünf Kondratieffs. Sie waren entscheidend für den Aufstieg oder Niedergang. Heute geht es nicht nur um die Regulierung der Finanzmärkte. Die nächsten Knappheiten werden sich aus dem Klimawandel, der Energie und Rohstoffsicherheit sowie aus der steigenden Nachfrage der Entwicklungs- und Schwellenländer nach Ressourcen ergeben. Den sechsten Kondratieff werden Effizienzrevolution und erneuerbare Energien bilden.

Und nun der Blick in die Zukunft, um die Krise dauerhaft zu überwinden und neue Stärke zu gewinnen. Die Nachfrage nach Technologien und Infrastrukturen entwickelt sich nicht zufällig, sondern ist meist die Reaktion auf neue Bedürfnisse und Knappheiten. Dann kommt es darauf an, welche Unternehmen und Volkswirtschaften dabei schnell und erfolgreich sind.

Die Knappheiten von gestern sind die Märkte von heute und die Knappheiten von heute sind die Märkte von morgen. Wenn sich der Produktivitätsfortschritt dann wieder abschwächt, beginnt die Talfahrt. Unternehmen machen geringere Gewinne, Arbeitsplätze gehen verloren. Dann versprechen Anlagen im Finanzsektor höhere Renditen, bis grundlegende Innovationen einen neuen starken Produktivitätsfortschritt auslösen, der die Wertschöpfung fördert und damit auch mehr Wohlstand und Beschäftigung möglich macht. Dieses Wechselverhältnis zwischen der monetären und produktiven Dynamik der Wirtschaft bezeichnete der russische Ökonom *Nikolai Kondratieff* als „lange Welle“. Sie bezieht politische, soziale und kulturelle Modernisierungen, auch im öffentlichen und staatlichen Bereich, mit ein. Innovationen sind von daher ein sozial bestimmter Prozess, der sich nicht auf technische Veränderungen reduzieren lässt. Er prägt die Entwicklung der Gesellschaft und muss Akzeptanz finden, also von der Gesellschaft gewollt und gefördert werden. Der berühmte Innovationstheoretiker *Joseph Schumpeter* griff diese Überlegungen auf und benannte die großen Wirtschaftszyklen nach Kondratieff. Sie erstrecken sich jeweils über mehrere Jahrzehnte. **Bis heute lassen sich fünf lange Wellen unterscheiden:**

1. Am Beginn der Industrialisierung war Großbritannien der große Nutznießer des ersten Kondratieffs. Durch die Erfindung der *Dampfmaschine* sowie durch den Aufbau der Eisen- und Textilindustrie erhöhte sich der britische Anteil an der Weltindustrieproduktion von knapp drei auf rund zehn Prozent. Begünstigt wurde der Sprung durch die Stärke des Pfunds, der damals die Weltwährung war. Die Produktivität der britischen Wirtschaft nahm gewaltig zu, doch es fehlte die Infrastruktur, das Wachstum der Güter und Produkte in der Fläche zu verteilen. Die Überkapazitäten führten zur Krise und lösten große Sozialkonflikte aus, die zum Beispiel *Charles Dickens* in seinen Novellen, *Gerhart Hauptmann* in seinen Romanen oder *Victor Hugo* in „*Les Misérables*“ beschrieben haben.
2. In der zweiten langen Welle wurden die Engpässe durch den Ausbau der *Eisenbahn* und der *Dampfschifffahrt* sowie durch die intensive Nutzung des *Telefons* und *Fernschreibers* beseitigt. Sie führte zum Abbau der Überkapazitäten und zur Ausdehnung von Handel und Gewerbe. Der britische Anteil steigerte sich fast ein Viertel der Weltindustrieproduktion. Das Land konnte sein teures Kolonialreich und seine große Armee finanzieren.
3. Der dritte Zyklus ab 1900 ermöglichte Deutschland, das bis dahin rund drei Prozent zur Weltindustrieproduktion beitrug, den Sprung an die Spitze. Für die Basisinnovationen *Chemie* und *Elektrik* standen Firmen wie AEG,

Siemens oder die früheren IG Farben. Deutschland steigerte seinen Anteil auf knapp 15 Prozent der Weltindustrieherstellung, während England auf 13 Prozent abrutschte.

4. Die vierte lange Welle begann 1950 und wurde geprägt vom Aufstieg des *Automobils* zum Massenverkehrsmittel und von der explodierenden Nachfrage nach *Erdöl*. Mit Hilfe von VW, Opel oder DaimlerBenz, aber auch durch die gewaltigen Aufbauleistungen nach dem zweiten Weltkrieg konnte Deutschland seine industrielle Stärke behaupten, rohstoffreiche Länder gewannen schnell an Bedeutung.
5. Der bisher letzte Kondratieff war der Aufstieg der *Informations- und Kommunikationstechnologien*. Obwohl der Deutsche *Konrad Zuse* 1944 den ersten Computer gebaut hatte, gelang es den USA durch massive Investitionen im Militärssektor (Internet, GPS) und Japan durch die staatliche Innovationssteuerung über das MITI, weltweit die Führung zu übernehmen. Japan produzierte in den achtziger Jahren über zehn Prozent der weltweiten Güter. Dieser Aufstieg macht den Zusammenhang zwischen neuen Technologien und der aktiven Rolle des Staates deutlich.

Seit einiger Zeit schwächen sich die Produktivitätsgewinne der Informations- und Kommunikationstechnologien jedoch ab. Die Krise des Finanzsektors kommt mit der sich abzeichnenden Abschwungphase dieser Basistechnologie zusammen. Zugleich bilden sich neue Knappheiten heraus, die den Aufbau einer modernen Infrastruktur für die effiziente Nutzung von Energie und Rohstoffen und den Umbau in die *solare Zivilisation* erfordern.

Mit dem *Klimawandel* drohen Gesellschaften zu kollabieren. Nach jüngsten Untersuchungen der Klimaforschung nimmt der Anstieg der schädlichen Kohlendioxid-Emissionen (CO²) sogar stärker zu, als dies in den Prognosen des UN-Weltklimarates erwartet wurde. Ohne eine Trendwende ist in rund 25 Jahre eine Erwärmung um zwei Grad Celsius nicht mehr zu verhindern, die dann in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts eintreten würde. Die Folgen wären katastrophal. Afrika, wo bereits 230 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung leiden, droht eine Halbierung der Ernteerträge. In Lateinamerika werden rund zwei Drittel der Gletscher in den Anden schmelzen, von denen heute fast 100 Millionen Menschen in der Energie- und Wasserversorgung abhängig sind. In Asien sind 40 Prozent der 635 Millionen Menschen, die in Flussdeltas oder niedrigen Küstenregionen leben, von Hochwasser, Hurrikans und steigendem Meeresspiegel existenziell gefährdet.

Zugleich steuert die Menschheit auf Knappheiten in der Bereitstellung wichtiger Ressourcen zu, die für ein menschenwürdiges Leben unverzichtbar sind. Wasser wird knapp, vor allem in dem Dreieck zwischen Libyen, Sudan und Pakistan; Saudi-Arabien, das Öl-Land Nummer 1, hat den Höhepunkt in der Förderung des schwarzen Goldes wahrscheinlich schon überschritten; über eine Milliarde Menschen leiden an Hunger und Unterernährung, vor allem in Afrika. Bald schon erreichen wir Peak-Wasser, Peak-Öl und Peak-Ernährung, also den Höchstpunkt in der Förderung oder Nutzung eines Rohstoffs. Sie können dann trotz weiter steigender Nachfrage und wachsender Weltbevölkerung nicht weiter gesteigert werden. Erst langsam, dann immer schneller werden die Knappheiten sichtbar. Die Zeit billiger Energie und Rohstoffe ist vorbei. Doch sie waren das Schmiermittel für Beschäftigung und Wohlstand waren. Gleich ob UNO, OECD oder Internationale Energieagentur, alle prognostizieren die künftig zu erwartende Knappheit. Nicht nur von Öl und Gas, deren Nachfrage bis 2030 um 60 Prozent steigen soll, sondern auch wichtiger mineralischer Rohstoffe.

Damit drohen massive Verteilungskonflikte. Und sie werden in erster Linie die schwächsten Länder und Bevölkerungsschichten treffen. Auch in unserem Land. Schon heute müssen in Deutschland die unteren 20 Prozent der Haushalte fast neun Prozent des Einkommens für Energie ausgeben, während es bei den oberen 20 Prozent nur 2,4 Prozent sind. Auch stellt sich die Gerechtigkeitsfrage. Anders gesagt: Die ökologische Modernisierung muss mit der Verteilungsfrage verbunden werden. Das gilt auch für die Ernährung der Weltbevölkerung. In den letzten zwölf Monaten schnellte der Lebensmittelindex der FAO zeitweise bis zu 60 Prozent hoch. Dadurch war in vielen Erdregionen der eine US-Dollar, der für die UNO als äußerste Armutsschwelle gilt, nur noch 70 Cent wert. In 40 Staaten fanden zuletzt bereits Hungerrevolten statt. Und Klimawandel und Nutzungskonflikte werden die Preise weiter erhöhen.

Die nachholende Industrialisierung und das hohe Bevölkerungswachstum großer Erdregionen beschleunigen die Konflikte. Schon durch ihre Quantität geben sie Klimawandel, Ressourcenknappheit und Ernährungsfrage eine neue Qualität. Obwohl zum Beispiel ein Chinese im Schnitt nur 3,66 Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid emittiert, während ein US-Bürger auf 19,74 Tonnen kommt, ist das Land bereits der größte CO²-Emittent der Welt. In China kommt derzeit jedes Jahr eine neue Stromerzeugungskapazität hinzu, die fast der entspricht, die in unserem Land installiert ist. Dabei unternimmt das Reich der Mitte gewaltige Anstrengungen, zu mehr Effizienz und zum Ausbau der erneuerbaren Energien zu kommen. Das Land tut deutlich mehr als viele Industriestaaten, die auch deshalb keinen Grund haben, mit dem Finger auf Peking zu zeigen. Doch selbst das (noch) Schwellenland China müsste bis Mitte des Jahrhunderts seinen Ausstoß halbieren, damit das globale Klima geschützt wird.

Das zeigt, wie groß die Herausforderungen sind. Ein Zurück zu den alten Rezepten kann es angesichts der sozialen und ökologischen Grenzen des Wachstums nicht geben. Dem nationalen Sozialstaat werden die Grundlagen entzogen. Die großen ökologischen Herausforderungen sind mit den traditionellen Wachstumskonzepten nicht zu bewältigen, weder der Klimawandel noch die Rohstoffverknappung oder die nachholende Industrialisierung. Dagegen werden die Unternehmen und Volkswirtschaften, die sich durch eine hohe Energie, Material und Rohstoffeffizienz und den schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien auszeichnen, neue Stärke und große Wettbewerbsvorteile erzielen. In Anknüpfung an Roosevelt braucht die Welt auch heute einen New Deal, den ökologischen New Deal. Er zahlt sich nicht nur für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen aus, er lohnt sich auch für Infrastruktur, Beschäftigung und Wertschöpfung. Und er würde gerade heute durch seine Impulse entscheidend zur Stabilisierung der Weltwirtschaft beitragen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt.

Die Effizienztechnologien gehören deshalb ins Zentrum von Innovationen und Modernisierung. In Verbindung mit den erneuerbaren Energien, der Bionik und der Biotechnologie wird der schonende Umgang mit knappen Ressourcen zur Schlüsselfrage für eine stabile Wirtschaft. Sie werden der sechste Kondratieff sein. Und unser Land hat große Chancen, hier ein Vorreiter zu sein.

Leitziel Nachhaltigkeit

Die Leitidee für eine Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist die nachhaltige Entwicklung. Sie wurde von der Unabhängigen Kommission Umwelt und Entwicklung der UNO entwickelt und vom Erdgipfel 1992 auf die Tagesordnung der Politik gesetzt. Der Kern der Nachhaltigkeit ist eine Zeitpolitik, mit der Wirtschaft, Natur und Gesellschaft in ein dauerhaftes Gleichgewicht gebracht werden. Und Nachhaltigkeit ist nur zu erreichen, wenn mehr Demokratie gewagt wird und der Umbau sozial verträglich ist.

Die *Leitidee der Nachhaltigkeit* gibt die regulativen Prinzipien und Normen vor, die neuen Fortschritt möglich machen und die globale Epoche sozial und ökologisch gestalten. Daraus ergeben sich drei Hauptaufgaben für die Politik: Sie muss frühzeitig Trends erkennen, also Zukunftschancen wie Zukunftsrisiken antizipieren. Sie muss ein Gleichgewicht zwischen unterschiedlichen Interessen verwirklichen, das den Menschen Sicherheit gibt. Und sie muss den notwen-

digen Umbauprozess so gestalten, dass Krisen und Zusammenbrüche verhindert werden. Der wichtigste Hebel ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit der Zeit, also die Berücksichtigung der absehbaren Gefahren wie der Fernwirkungen heutiger Entscheidungen. Für *Hans Jonas* ist das der Schlüssel zur Bewahrung der menschlichen Existenz und zur Sicherung der Bedürfnisse künftiger Generationen. Mit dem Wandel der Technik müsse es eine „Fernstenliebe“ geben. Anknüpfend an Immanuel Kants kategorischen Imperativ forderte Jonas im „*Prinzip Verantwortung*“: „Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlungen verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Seins“. Nachhaltigkeit entspricht diesem ethischen Imperativ.

Ein Gleichgewicht in Wirtschaft und Gesellschaft wird regional, sozial und dauerhaft möglich, wenn die Zukunftsverantwortung in das Alltagshandeln einbezogen wird. Nachhaltigkeit beantwortet die Frage, wie wir künftig solide wirtschaften und gut leben können, weil wichtige Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dauerhaft an konkrete Bedingungen (sozial und umweltverträglich) geknüpft werden.

Nachhaltigkeit wurde von europäischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geprägt, von dem Schweden Olof Palme, der Norwegerin Gro Harlem Brundtland und dem Deutschen Willy Brandt. Diese Programmatik verbindet die beiden großen Jahrhundertideen soziale Gerechtigkeit und ökologische Verträglichkeit miteinander. Sie rückt den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ins Zentrum der Wirtschaftspolitik, nicht als Gegensatz zur Innovationsdynamik oder zu den sozialen Errungenschaften, sondern als ihre Erweiterung und erneute Stärkung. Ohne eine faire Verteilung der Chancen und Lasten kein Fortschritt möglich ist.

Unser Ziel ist ein *nachhaltiges Deutschland*. Nachhaltigkeit ist keine beliebige Formel, keine oberflächliche Korrektur bisheriger Konzepte, sondern eine Neujustierung der Politik. Sie legt ihren Schwerpunkt auf die Ökologie, aber sie geht weit darüber hinaus. Einfach wird der Umbau nicht, denn er muss gegen starke Machtinteressen und eingeschliffene Denkmuster durchgesetzt werden. Deshalb braucht Nachhaltigkeit wo immer möglich – ein gemeinsames Vorgehen in der Europäischen Union. Möglich ist das, denn auch die EU muss, um eine gute Zukunft zu haben, zu einer Union der Nachhaltigkeit werden.

Die Voraussetzungen sind günstig. Durch die Krise erhöht sich die Bereitschaft, Veränderungen zu wagen und neue Wege zu gehen – national wie international. Da bietet sich in der Globalisierung die Nachhaltigkeit wie kein anderes Konzept an. Sie ist das Gegenteil der bisher vorherrschenden und jetzt gescheiterten Ökonomie der Kurzfristigkeit und des Marktradikalismus, die mit übersteigerten Gewinnerwartungen in das Desaster geführt haben. Es ist kein Zufall, dass jetzt überall nach „nachhaltigen Lösungen“ gerufen wird. Gerade deshalb muss darauf geachtet werden, dass dort, wo Nachhaltigkeit drauf steht, auch Nachhaltigkeit drin ist. Dafür hat beispielsweise der Nachhaltigkeitsbericht der Bundesregierung 21 eindeutige Indikatoren vorgegeben.

Der vielleicht wichtigste Vorteil der Leitidee der Nachhaltigkeit ist: Sie ist zugleich ein nationales, europäisches und globales Konzept, das dennoch sofort umgesetzt werden kann. Sie setzt kein globales Regime voraus, sondern orientiert sich an gemeinsamen Prinzipien und Normen, die einsichtig und überzeugend sind. Die Kernmaxime heißt: Handle so, dass die Bedürfnisse der heute lebenden Generationen in einer Weise befriedigt werden, dass auch künftige Generationen dies in angemessener Weise tun können.

Nachhaltigkeit ist kein Konzept „von oben“. Je mehr sie in der Gesellschaft verankert ist, desto besser kann sie unmittelbar und in unterschiedlichen Formen auf allen Ebenen umgesetzt werden. Das belegen erfolgreiche Beispiele wie die Lokale Agenda 21 oder Unternehmen wie die Otto-Gruppe, C&A, Bosch, JuWi oder Lebensbaum. Auch wenn sie nicht allen Zielen der Nachhaltigkeit gerecht werden, so leisten sie doch wichtige Beiträge, die motivieren und die Idee weiter konkretisieren. Selbst Giganten wie WalMart und General Electric machen sich auf, mehr Nachhaltigkeit zu verwirklichen. Die wichtigste Aufgabe der Politik ist: Wirtschaft und Gesellschaft für Reformen im Sinne der Nachhaltigkeit zu öffnen. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen sich an dem Reformprozess in Staat und Gesellschaft beteiligen können. Nachhaltigkeit fördert eine lebendige Demokratie: mehr Mitbestimmung, Mitgestaltung und Mitverantwortung. Nachhaltigkeit und Demokratie hängen eng zusammen.

Die Neuordnung der Wirtschafts- und Finanzordnung

Die Finanzkrise gibt den Forderungen nach neuen Formen der Regulierung und nach größerer Gerechtigkeit in der Verteilung der Chancen einen starken Schub. Mit Hilfe einer breiten öffentlichen Debatte muss den Beratern und Wirtschaftsweisen das Monopol entzogen werden, diese Vorschläge zu bewerten. Es geht sowohl um eine Neuordnung der Wirtschafts- und der Finanzordnung als auch um die ökologische Modernisierung und eine Stärkung der Binnenwirtschaft nicht zuletzt durch eine größere Gerechtigkeit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Wir schlagen vor, in einem breiten Diskurs die unterschiedlichen Reformvorschläge aufzugreifen und in aller Breite öffentlich zu diskutieren. Unser Ziel ist es, die Wirtschafts- und Finanzpolitik zu „demokratisieren“, auch damit mutige Veränderungen den notwendigen Rückhalt finden. Dazu gehören:

■ Reform der Finanzordnung

Eine Neuordnung der Weltwirtschaft muss eine Synthese von globaler Geldordnung und nationaler Sozial-, Beschäftigungs- und Umweltpolitik möglich machen. Durch wirksame Regeln und eine entsprechende nationale und internationale Aufsicht müssen Risiken gemindert und Fehlentwicklungen verhindert werden.

Die SPD hat für eine Regulierung der Finanzmärkte konkrete Vorschläge vorgelegt, auch im Regierungsprogramm. National, in der EU und international geht es um die Verbesserung der Transparenz, eine *Reform des Bilanzrechts* sowie das *Verbot von Leerverkäufen und Wetten auf Kursänderungen*. Der Missbrauch des *Derivatehandels* muss begrenzt und eingeschränkt werden. Auf den Prüfstand gehört auch eine Kontrolle von Transfers über *Steueroasen* und *Offshore Finanzzentren*. Grundsätzlich ist genug finanzielle Liquidität vorhanden. Das entscheidende Problem liegt darin, dass die Banken ihre eigentliche Funktion, Geld einzusammeln und in die Finanzierung eines produktiven Wirtschaftskreislaufes zurückzuführen, nicht erfüllen. Viele Banken ließen sich vom Investment-Banking einfangen und vernachlässigten ihre ureigensten Aufgaben. Sollten die Banken nicht für eine stabile und dauerhafte Finanzierung sorgen, sind verbindliche staatliche Regeln und durchgreifende Kontrollen erforderlich. Das schließt Übernahmen und wirksame öffentliche Beteiligungen nicht aus.

■ Ein neues Bretton Woods

Angesichts der ökologischen und finanzpolitischen Bedrohungen ist ein neues Bretton Woods notwendig. Es lernt aus den Fehlern der Vergangenheit und bezieht alle Länder ein. Eine Neuordnung des Internationalen Währungsfonds hat das Ziel, dass international eine wirkliche Aufsicht entsteht, die nicht nur Schuldner, sondern auch Gläubiger in die Verantwortung nimmt. Das Ziel ist eine globale Ordnung, die vom Grundsatz der Solidarität aller für alle ausgeht. Ein neues Bretton Woods greift auch die von Keynes vorgeschlagenen, aber nicht verwirklichten Ideen auf und prüft ihre Umsetzung, so die einer globalen Reservewährung. Damit die Märkte dauerhaft zahlungsfähig bleiben, sollte auch der Vorschlag geprüft werden, dass die Überhangliquidität, also die flüssigen Zahlungsmittel, die oberhalb einer von der Staatengemeinschaft festgelegten Maximalgrenze liegen, in einen gemeinsamen Fonds eingezahlt und für die dauerhaft Sicherung der Kreditgewährung genutzt wird. Das begrenzt das „Horten“ von Geld.

Um künftig spekulative Blasen zu verhindern, will die G 20 die Leverage-Geschäfte durch regulatorische Maßnahmen begrenzen. Dafür sollen Höchstwerte festgelegt werden, die eine Spekulation verhindern. Ein anderer Vorschlag ist

eine „Mehrgeldsteuer“ (Leverage Money Tax), die den Kauf auf Kredit in sinnvolle Bahnen lenkt und hohe Verschuldungen verhindert. Dabei müssen die Finanzinstitute, die mit ihren spekulativen Geschäften zur Kreditkrise beigetragen haben, einen höheren Beitrag leisten. Eine solche Abgabe macht Geldblasen beherrschbar. Zur Eindämmung kurzfristiger Spekulationen soll national eine Börsenumsatzsteuer eingeführt werden. Sie orientiert sich an dem Vorbild der britischen Stempelsteuer in einer Höhe zwischen 0,5 und 1,5 Prozent des Kurswertes auf börsliche Wertpapiergeschäfte. Ein international debattierter Vorschlag ist zudem die Einführung der *Tobin Steuer*, die Spekulationsgewinne abschöpfen soll, zumindest auf Termingeschäfte bei Energie, Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Sie soll dazu führen, spekulative Anlagen zu begrenzen und Gelder für öffentliche Aufgaben zu generieren.

■ Verbindliche Standards

Notwendig ist die Festlegung, Durchsetzung und Überwachung globaler Sozial und Umweltstandards, die im Rahmen der WTO verbindlich sein müssen. Ebenso muss eine Reform der Finanz und Steuersysteme schnell begonnen werden, zu der eine internationale Angleichung der Gesetze, eine Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerrückführung, die wirksame Ächtung von Steueroasen sowie ein mittelfristiges Zurückführen der öffentlichen Schulden und eine Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit in den Märkten gehören.

Bei diesen Zielen ist zu beachten, dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors nicht durch einseitige Sparmaßnahmen gefährdet wird. Zudem ist ein Mechanismus hilfreich, der die Rohstoffverschwendung und hohe Emissionen durch die korrekte Zuordnung der Kosten in einer *Charta of Incorporation*, wie sie in den USA vorgeschlagen ist, transparent macht. Sie listet alle sozialen und natürlichen Gemeingüter auf, die ein Unternehmen in Anspruch nimmt und welchen Wert sie haben. Dem stehen Pflichten gegenüber, die Unternehmen zum Schutz der natürlichen und sozialen Gemeingüter zu leisten haben.

Ein weiterer Vorschlag ist ein *Grenzsteuerausgleich* für Mehrkosten eines Produkts, die sich aus dem ökologischen Umbau ergeben. Er wurde von der französischen Regierung in die Debatte gebracht. Ein solcher Ausgleich würde Umweltdumping leer laufen lassen und mehr Innovationen in einzelnen Staaten möglich machen, weil sie gleichsam in der Start und Übergangsphase „geschützt“ wären. Die Wirtschaftsfelder der Zukunft könnten schneller erschlossen werden. Der Grenzsteuerausgleich ist immer degressiv angelegt und müsste zumindest EUweit begonnen werden.

■ Ein ökologischer New Deal

Diese Idee konzentriert die Maßnahmen der ökologischen Modernisierung auf eine große Gemeinschaftsanstrengung für Investitionen in ökologische Felder, in die Infrastruktur und die effiziente Wirtschaft der Zukunft. Hier liegt ein wichtiger Ansatz für eine Stabilisierung der Konjunktur, für die Neuordnung der Weltwirtschaft und die Zurückdrängung der Spekulationswirtschaft. Er verbindet die Konzepte von Keynes und Schumpeter, statt sie gegeneinander auszuspielen. Wirtschaftssteuerung und Innovationsförderung gehören zusammen.

Global bietet sich kein anderes Feld so vorteilhaft für ein abgestimmtes Handeln zur Stärkung der Realwirtschaft an wie die ökologische Modernisierung. Klimaschutz und Energiesicherheit fördern Innovationen für die schnelle Erschließung der Zukunftsmärkte. In allen Ländern existiert in diesen Bereichen ein hoher Handlungsdruck, so dass ein koordiniertes Vorgehen möglich wird. Der Umbau wird beschleunigt, wenn stärker noch als mit den Beschlüssen zu einer integrierten Energie- und Klimapolitik die europäische Union der Motor der ökologischen Modernisierung wird. Unser Kontinent verfügt über gute Ausgangsbedingungen, um an der führenden Rolle beim Klimaschutz anzuknüpfen und sie zu erweitern. Dazu zählt eine zielgerichtete Verwendung der Einnahmen aus dem Emissionshandel für die Erschließung der ökologischen Märkte und die Vertiefung der Umweltpartnerschaft mit den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. In den nächsten Jahren werden daraus hohe Milliardenbeträge zur Verfügung stehen.

Viele Länder verstärken ihre Anstrengungen auf diesen Feldern. Auch bei der neuen amerikanischen Administration ist unstrittig, dass die ökologischen Märkte schneller erschlossen werden müssen. Der Anschlussvertrag zum Kyoto-Abkommen, der weltweiten Vereinbarung zum Schutz des Klimas, muss deutlich ehrgeizigere Ziele setzen als bisher, den Umbau beschleunigen und internationale Finanzierungsinstrumente entwickeln.

Die Politik kann, wenn sie die ökologische Modernisierung verfolgt, national und international einen gewaltigen Innovationsschub auslösen, wie das Gesetz zur Förderung der erneuerbaren Energien gezeigt hat. Dadurch konnte der Anteil des regenerativen Stroms von 6 Prozent im Jahr 2001 auf heute 17 Prozent gesteigert werden. Und im Jahr 2020 werden es bereits über 30 Prozent sein. Das stärkt nicht nur den wirtschaftlichen Kreislauf, sondern auch den sozialen, weil viele Arbeitsplätze geschaffen werden, und den ökologischen Kreislauf, weil die natürlichen Lebensgrundlagen geschont werden. Dieser Umbau wird im großen Stil möglich, wenn er gerecht abläuft und es zu mehr Gerechtigkeit in der Verteilung der Chancen und Lasten kommt.

Die Möglichkeiten für eine Effizienzrevolution sind da. Seit vielen Jahren sind die Vorteile zum Beispiel von Energiedienstleistungen beschrieben. Die Lücke klafft zwischen Wissen und Handeln. Von daher müssen auch die Institutionen der Weltwirtschaft, Entwicklungsbanken, nationalen Finanzinstitute, aber auch private Banken und Anleger mehr Kapital bereitstellen, damit dieser Weg für die Stärkung der Realwirtschaft gegangen werden kann. Die ökologischen Innovationen sollen unser Land zur energie- und rohstoffeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen. Und es muss weltweit führend bei den erneuerbaren Energien bleiben.

Für die Finanzierung des Öko-Deals schlagen wir auch eine *Zukunftsanleihe* vor, die den Umbau finanziert, ohne die Verschuldung der öffentlichen Haushalte weiter in die Höhe zu treiben. Bei einer festen Anlage über zehn Jahre wird ein etwas höherer Zinssatz als banküblich garantiert. Das Aufkommen wird ausschließlich in ökologische Felder gelenkt. Ein solches Programm finanziert sich weitgehend selbst.

Die Mittel für die Startphase können durch einen Subventionsabbau in ökologisch schädlichen Bereichen und aus geringen Abgaben gewonnen werden. Und wenn, was angesichts boomender Nachfrage zu erwarten ist, überdurchschnittliche Renditen erzielt werden. Werden nur fünf Prozent des privaten Vermögens in Deutschland für diese Aufgaben mobilisiert, kommen bereits 220 Milliarden Euro zusammen. Alternativ ist eine Umlagefinanzierung denkbar, wie sie zur Förderung der erneuerbaren Energien festgelegt wurde.

Unser Land hat bei den ökologischen Innovationen alle Chancen, zugleich mehr Arbeit, neue Wertschöpfung und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu erreichen. Die Ausgangsbedingungen sind gut. Mit einem Anteil von 16 Prozent ist Deutschland weltweit der wichtigste Produzent der Umwelt- und Energietechniken. Der Sektor zählt mehr als 1,8 Millionen Beschäftigte. Das Programm zur energetischen Sanierung der Gebäude ist ein starker Motor für die Belebung der Binnenmärkte und zur Sicherung von Beschäftigung. In der Bevölkerung gibt es eine hohe Akzeptanz für diesen Zukunftspfad.

■ Demokratisierung der Wirtschaft

Um die Tugenden des „alten Europas“ neu zu beleben, muss die SPD an den Vorschlägen zur *Demokratisierung der Wirtschaft* anknüpfen. Insbesondere eine Reform der Mitbestimmung und Betriebs- und Personalverfassung sowie die Ausweitung der Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer an Unternehmensgewinnen sind nicht überholt. Zu der sozialen Ausgestaltung unserer Wirtschaft zählen auch eine massive *Begrenzung von Bonuszahlungen* und kurzfristiger Erfolgprämien, ebenso angemessene Mindestlöhne in allen Branchen der Wirtschaft.

■ Die Einkommens- und Vermögensverteilung

kann und muss zur Stabilisierung des wirtschaftlichen Gleichgewichts beitragen. Die Stärkung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage ist von hoher Bedeutung für die Makroökonomie. In den letzten Jahren wurden die Möglichkeiten zu wenig genutzt, auch die einseitige Abhängigkeit vom Export ist gefährlich hoch geworden. Die wachsenden Unterschiede in der Verteilung sind eine Quelle sozialer und ökonomischer Instabilität.

Hier liegen zahlreiche Vorschläge von der Vermögens und Erbschaftssteuer über den Bildungssoli bis zur Neuordnung des Steuersystems vor. Ohne die Leistungskraft des Staates und der Sozialsysteme zu gefährden, ist eine *gerechtere Verteilung der Steuern und Abgaben* notwendig. Es muss zu mehr Gerechtigkeit kommen, die Schere darf nicht weiter auseinander gehen.

Ein Rendezvous mit dem Schicksal

Die Voraussetzungen zur Gestaltung der globalen Epoche sind da, denn alle Länder stehen – wenn auch in unterschiedlicher Schärfe – unter einem hohen wirtschaftlichen und ökologischen Handlungsdruck. Und in allen Erdregionen ist die strategische Bedeutung von erneuerbaren Energien und Effizienzrevolution bekannt. Wir plädieren für ein neues *Jahrhundert sozialer Demokratie*. Die Idee der Nachhaltigkeit macht es möglich. Die Sozialdemokratie muss ihr Motor sein.

Wenn zugespitzte Problemlagen, handelnde Personen und konkrete Visionen zusammenkommen, werden geschichtliche Weichenstellungen möglich. US Präsident Franklin D. Roosevelt nannte diese seltenen Glücksfälle ein Rendezvous mit dem Schicksal, zu denen für ihn New Deal und Bretton Woods zählte.

Unserem Land eröffnete sich im historischen Jahr 1989 eine solche Konstellation. Der Zusammenbruch der zerteilten Welt wurde für die deutsche Einheit genutzt, leider nicht jedoch für die Möglichkeit, den Aufbau der neuen Länder mit dem Umbau der alten Länder zu verbinden. Nun wird erneut ein Rendezvous mit dem Schicksal möglich. Kein Land kann sich der Finanzkrise und den ökologischen Grenzen des Wachstums entziehen. Sie berühren die elementare Frage nach dem „*Leitbild des demokratischen Wohlstands*“ (Gerhard Scherhorn). Sie berühren den inneren und äußeren Frieden aller Gesellschaften.

Nicht nur die importierenden Länder, auch die rohstoffreichen Länder sind darauf angewiesen, dass die ungelösten ökologischen Fragen nicht in Klimakatastrophe, Energiekrise, Naturkollaps oder – ausgelöst durch die steigenden Rohstoffpreise in einer Inflation münden. Und sie müssen auch ein Interesse an einer stabilen Weltwirtschaft haben. Von daher ist die Chance auf einen erneuten New Deal gegeben. Sogar ein neues Bretton Woods wird möglich, das die Reform der Weltwirtschaft mit den Herausforderungen von Klimaschutz und Rohstoffsicherheit verbindet. Die Fragen von Klima, Energie und Rohstoffsicherheit stehen bereits ganz oben auf der Agenda der internationalen Politik. Der Zwang zur Zusammenarbeit wächst, die zugespitzte Problemlage ist da, auch liegen zahlreiche Vorschläge vor, die eine nachhaltige Entwicklung konkret machen, insbesondere durch die ökologische Modernisierung. Nun geht es um die gesellschaftlichen und politischen Akteure, die dieses Rendezvous möglich machen. Das muss insbesondere die Sozialdemokratie in alten und neuen Allianzen sein. Dabei geht es um **fünf Schwerpunkte**:

- Vertrauen schaffen und den Wirtschaftskreislauf stabilisieren, den Absturz des Mittelstands verhindern und die Nachfrage auch bei unteren Einkommensempfängern sichern;
- ein wirksames Regelwerk für den Finanzsektor durchsetzen, national und international;
- mehr soziale Gerechtigkeit verwirklichen und die Binnenkonjunktur gezielt stärken;
- die ökologische Modernisierung vorantreiben, insbesondere durch ein Programm für Arbeit und Umwelt;
- in enger Abstimmung mit der EU ein neues Bretton Woods initiieren. Die Europäische Union kann zum Motor für eine neue globale Wirtschafts und Finanzordnung werden.

Die Sozialdemokratie muss sowohl die *Schutzmacht für soziale Gerechtigkeit als auch der Baumeister der sozial-ökologischen Marktwirtschaft* sein. Die Weltfinanzkrise ist eine Aufforderung, unter dem Dach der Nachhaltigkeit die Demokratie zu stärken, mehr Partnerschaft zu organisieren und die Wirtschaft umzubauen. Es ist ein Gebot der Vernunft, wenn wir für ein neues Jahrhundert sozialer Demokratie plädieren. Wir werben für mehr Demokratie und damit auch für mehr Freiheit und mehr Gerechtigkeit. *Wir wollen eine nachhaltige Welt.*

Literatur

- Afheldt, Horst; *Wirtschaft, die arm macht*; München 2005
- Brandt, Willy; *Die Abschiedsrede*; Berlin 1987
- Braudel, Fernand; *Die Dynamik des Kapitalismus*; Stuttgart 1986
- Conkin, Paul; *Der New Deal – Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates*; in: WolfDieter Narr/Claus Offe (Hg.) *Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität*; Köln 1975
- Crouch, Colin; *Postdemokratie*; Frankfurt am Main 2008
- Dahrendorf, Ralf; *Der moderne soziale Konflikt*; Stuttgart 1992
- Dahrendorf, Ralf; *Auf der Suche nach einer neuen Ordnung*; München 2003
- Deutsche Bundesregierung; *Perspektiven für Deutschland – Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung*; Berlin 2002
- Deutsche Bundesregierung; *Fortschrittsbericht*; Berlin 2004 und Berlin 2008
- Diamond, Jared; *Warum Gesellschaften überleben oder untergehen*; Frankfurt am Main 2006
- Erhard, Ludwig; *Wohlstand für alle*; (Neuaufgabe) Düsseldorf 1997
- Friedman, Milton; *Capitalism and freedom*; Chicago 1962
- Fukuyama, Francis; *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*; München 1992
- Harvey, David; *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*; Zürich 2007
- Hauff, Volker; *Unsere Gemeinsame Zukunft*; Greven 1987
- Hayek, Friedrich von; *Der Weg zur Knechtschaft*; München 2003
- Hennis, Peter, Michael Müller; *Weltmacht Energie*; Stuttgart 2005
- Hobsbawm, Eric; *Das Jahrhundert der Extreme*; München 1994
- Jonas, Hans; *Das Prinzip Verantwortung*; Frankfurt am Main 1979
- Kant, Immanuel; *Kritik der reinen Vernunft*; Leipzig 1867
- Kapp, William K.; *The social costs of enterprise*; Cambridge 1950
- Keynes, John Maynard; *Economic possibilities for our grandchildren*; London 1930
- Keynes, John Maynard; *The General Theory of Employment, Interest and Money*; London 1933
- Kondratieff, Nicolai D.; *Die langen Wellen der Konjunktur*; in: Emil Lederer (Hg.); *Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik*, 56. Band; Tübingen 1926
- *Le Monde diplomatique*; *Leitkommentar*; Berlin 1995
- MaierRigaud, Gerhard; *Folgen des Wirtschaftsliberalismus für Beschäftigung und Umwelt*; Manuskript; Bonn 1997
- Martin, HansPeter / Harald Schumann; *Die Globalisierungsfalle*; Berlin 1996
- Marx, Karl / Friedrich Engels; *Das Kommunistische Manifest*; London 1848
- Meyer, Thomas; *Soziale Demokratie und Globalisierung*; Bonn 2002
- Mitchell, Lawrence; *Der parasitäre Konzern*; München 2002
- Müller, Michael, Ursula Fuentes, Harald Kohl; *Der UNWetklimareport*; Köln 2007
- Petermann, Jürgen (Hrsg.); *Sichere Energie im 21. Jahrhundert*; Hamburg 2006
- Polany, Karl; *The great Transformation*; Frankfurt am Main 1978
- Sennett, Richard; *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*; Berlin 1998
- Ramonet, Ignacio; *Nützliche Lügen*, in: *Le Monde diplomatique* 05/2003; Berlin 2003
- Reich, Robert; *Superkapitalismus. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt*; Frankfurt am Main 2008
- Scherhorn, Gerhard; *Das Finanzkapital zwischen Gier und Verantwortung*; in: *Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 2008
- Scherhorn, Gerhard; *Geld soll dienen, nicht herrschen*; Wien 2008
- Schumann, Harald, Christiane Grefe; *Der globale Countdown*; Köln 2008
- Solte, Dirk; *Weltfinanzsystem am Limit*; Berlin 2007
- Tichy, Gunther; *Wirtschaftsverfassung als Wettbewerbsinstrument*; in: Rudolf Weizsäcker; *Hegemonie des American way of Life oder europäischer Weg?*; Wien 2002

Die Grundwertekommission der SPD

Das Papier zur Finanz- und Wirtschaftskrise haben Michael Müller MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, und Wolfgang Thierse MdB, Bundestagsvizepräsident, für die Grundwertekommission erarbeitet. Thomas Meyer, Gerhard Scherhorn und Norbert Wieczorek haben wichtige Hinweise gegeben. Das Papier soll die Diskussion anregen, indem es die Krise in einen größeren Zusammenhang stellt und Perspektiven für die weitere Entwicklung aufzeigt. Die Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand erarbeitet seit vielen Jahren Grundsatzpapiere zu wichtigen Fragen des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Mitglieder sind:

Vorsitzender:

Wolfgang Thierse MdB,
Stellv. Vorsitzender:
Prof. Dr. Thomas Meyer

Mitglieder:

Prof. Dr. Ingomar Hauchler
Prof. Dr. Gustav Horn
Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe
Prof. Dr. Wolfgang Merkel
Prof. Dr. Matthias Möhring-Hesse
Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin
Prof. Dr. Wolfgang Schröder
Prof. Dr. Gesine Schwan
Prof. Dr. Hermann Schwengel
Prof. Dr. Johano Strasser
Elisabeth Vogelheim
Prof. Dr. Rosemarie Will

Korrespondierende Mitglieder:

Dr. Hans-Peter Bartels MdB
Hubertus Heil MdB
Michael Müller MdB
Prof. Gert Weisskirchen MdB

Berater:

Dr. Erhard Eppler
Prof. Dr. Iring Fetscher
Dr. Hans-Jochen Vogel

Sekretariat:

Dr. Hans Misselwitz

Impressum

Herausgeber: Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD
Willy-Brandt-Haus • Wilhelmstraße 141 • 10963 Berlin
Redaktion: Dr. Hans Misselwitz
Tel: (030) 259 91-276 • Fax: (030) 259 91-271
Herstellung: Königsdruck, Berlin